

UNERHÖRTE STIMMEN



UNERHÖRTE STIMMEN

post-soviet left
2026

EINLETUNG	7
RUSSLANDS AGGRESSION UND DIE LÜGE VOM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF.....	9
EIN LEBEN HINTER STACHELDRAHT	11
ZUSTÄNDE IN DEN GEFÄNGNISSEN	12
WARUM DARF DIE INTERNATIONALE LINKE DAZU NICHT SCHWEIGEN?	15
STIMMEN HINTER GITTERN.....	16
DER FALL TJUMEN.....	16
DER FALL „NETZ“.....	21
DER FALL VON TSCHITA.....	28
DER FALL DES „LINKEN WIDERSTANDS“ („LEWOJE SOPROTIWLENIJE“).....	31
DER FALL DES UFAER MARXISTISCHEN ZIRKELS.....	33
DER FALL DER KANSKER SCHÜLER	36
DIE GESCHICHTE VON ASAT MIFTACHOW	38
DIE GESCHICHTE VON BORIS KAGARLIZKI	41
DER FALL „ANTIFA UNITED“	44
DER FALL ALEXEJ ROSCHKOW	45
DER FALL RUSLAN USCHAKOW	46
DER FALL SAWELIJ FROLOW	47
DER FALL GAGIK GRIGORJAN	48

DER FALL WLADIMIR TIMOFEJEW	49
DER FALL FELIX ELISEJEW	50
DER FALL ANTON ORLOW	52
DER FALL JURI MICHEJEW.....	53
DER FALL MAXIM SMYSCHLAJEW	55
DER FALL ARTJOM SAMSONOW	56
DER FALL KONSTANTIN PAWLOW	58
DER FALL LEONID BOGRATEON.....	59
DER FALL PAWEL KRISEWTICH	62
DIE FÄLLE VON SERGEJ UDALZOW	64
DIE REPRESSION GEHT WEITER	68
DER FALL NIKITA LOPATIN	68
DIE FÄLLE VON SERGEJ KRUPENKO.....	69
DER FALL ANATOLI OBUCHOW	73
DER FALL IWAN MEREZHNIKOW.....	76
DER FALL „WORKERS POWER“ UND GARRY AZARYAN	77
DER FALL ARTJOM BORODIN	81
WIE KANN DAS SCHWEIGEN DURCHBROCHEN WERDEN?.	83
FAZIT	88

EINLETUNG

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen erreichte die Zahl der politischen Gefangenen in Russland im Jahr 2024 mindestens 1.198 Personen – ein Drittel mehr als im Vorjahr, als es 807 waren. Laut der Einschätzung von OVD-Info ist das Ausmaß der Repressionen noch gravierender: Über 4.000 Menschen wurden Opfer politisch motivierter Repression. Sergej Davidis, Ko-Vorsitzender des Menschenrechtszentrums Memorial, nennt eine noch alarmierendere Zahl – rund 10.000 Betroffene. Diese Daten machen deutlich: Politische Repressionen sind zu einem systematischen Element des heutigen Russlands geworden.

Unter den politischen Gefangenen nehmen Vertreterinnen der linken Bewegung einen bemerkenswerten Platz ein: Kommunistinnen, Anarchistinnen, Sozialistinnen und andere Kämpfer*innen für soziale Gerechtigkeit und Demokratie.

Ihre Geschichten sind Beispiele für Standhaftigkeit und Mut – von Menschen, die dem Repressionssystem im Namen hoher Ideale entgegetreten. Ihre Haltung ist eine offene Herausforderung an den repressiven Apparat, ihre Taten sind eine Alternative zu Obskurantismus, Autoritarismus und sozialer Ungleichheit. Sie sind nicht einfach Opfer des Regimes. Sie sind eine aktive Kraft des Widerstands – bereit, für ihre Überzeugungen und die Zukunft von Millionen den höchsten Preis zu zahlen: ihre Freiheit.

*Diese Sammlung ist die Stimme all jener, die niemand hört. Sie ist die Stimme linker Aktivist*innen, deren Namen selten in den Nachrichten der staatlichen oder „unabhängigen“ Medien auftauchen. Deshalb bleibt ihr Kampf oft unsichtbar – sowohl in Russland als auch darüber hinaus. Mainstream-Journalist*innen ignorieren linke politische Gefangene entweder vollständig oder verschweigen bewusst ihre politische Haltung. Das ist ungerecht. Mehr noch – es ist tragisch. Denn hinter jedem Fall steht ein Mensch, der bereit ist, seine Freiheit für die Ideale von Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Demokratie zu opfern. Diese Sammlung gibt ihnen ihre Stimme zurück – indem sie ihre Geschichten erzählt.*

Wir haben biografische Informationen über linke Aktivist*innen zusammengetragen, die sich in Haft befinden – ebenso Details zu ihrer strafrechtlichen Verfolgung und Hinweise darauf, wie man jede einzelne Person unterstützen kann. Dieses Projekt wurde von Aktivist*innen der PostSoviet Left ins Leben gerufen, um ihre Stimmen hörbar zu machen, das Schweigen zu durchbrechen und Brücken der Solidarität zu bauen.

Wir halten es auch für wichtig, jene Widerstandskämpfer*innen zu erwähnen, die bislang nicht inhaftiert wurden, aber bereits Repressionen ausgesetzt sind. Zu ihnen gehören Aktivistinnen und führende Persönlichkeiten, deren Fälle zunehmend öffentliches Aufsehen erregen:

- Versuche, Verfahren gegen die Redaktion von „Krasnyj Poworot“ und die Kommunistische Partei Russlands (Internationalisten) sowie gegen Vertreter der Organisation der Woronesjer Marxisten einzuleiten;
- Polizeirazzia bei einer Versammlung der Organisation der Kommunisten-Internationalisten (OKI);
- Die Einstufung als „ausländischer Agent“ und die Ausübung physischen und administrativen Drucks auf Aktivisten der SAF (Studenten-Antifaschistische Front), die Blogger Alexander Shtefanov, Vasily Sadonin, Andrey Rudoy, die Politiker Mikhail Lobanov, Jewgeni Stupin und anderen, um sie aus dem Land zu drängen und einzuschüchtern;
- Unklar bleiben auch die Umstände des Mordes an Alexander Rybin, dem Herausgeber der linken Plattform „Rabkor“.

Auch ihnen versucht man die Stimme zu nehmen, sie aus dem öffentlichen Raum und dem Land zu drängen – durch Einschüchterung, Druck und Repression.

Trotz zunehmender Repressionen lebt die linke Alternative weiter – und sie bemüht sich nicht nur zu überleben, sondern sich auch weiterzuentwickeln. In den Kriegsjahren entstanden in Russland neben bereits bestehenden Initiativen auch neue Strukturen wie InterFront

Russland sowie die inzwischen aufgelöste Organisation „Rabotschaja Wlast“.

Am Aufbau des Widerstands im Ausland beteiligt sich auch unsere Organisation, die linke Internationalist*innen aus Russland, der Ukraine, Belarus und den zentralasiatischen Ländern im Exil und in der Emigration vereint. Gerade in unserer Zeit halten wir es für unerlässlich, dem repressiven Druck weiterhin entschlossen entgegenzutreten und die internationale Solidarität zu stärken.

Hinweis: Unsere Organisation bringt nicht in jedem Fall politische Unterstützung für alle im Sammelband genannten Personen zum Ausdruck. Wir vertreten eine klar linke, internationalistische Position. Dennoch betrachten wir das Geschehen nicht ausschließlich durch das Prisma ideologischer Unterschiede, sondern vor allem im Lichte eines grundlegenden Prinzips: Repressionen aufgrund von Überzeugungen und aktivistischem Engagement sind inakzeptabel. Wir sind überzeugt: Jeder Mensch, der für seine Ansichten und sein gesellschaftliches Engagement leidet, verdient Unterstützung und Schutz.

Diese Porträtsammlung ist unser Beitrag zum Kampf für Gerechtigkeit.

RUSSLANDS AGGRESSION UND DIE LÜGE VOM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF

Die russischen Regime rechtfertigt ihre Aggression gegen die Ukraine mit dem Begriff der „Entnazifizierung“. Dieser Begriff ist Teil der staatlichen Propaganda geworden, die darauf abzielt, den Mythos von Russland als antifaschistische Macht zu schaffen – als angeblichem Verteidiger des sowjetischen Erbes und seiner Ideale.

Diese Idee hat die Aufmerksamkeit einiger Vertreter*innen der internationalen Linken auf sich gezogen, die – sei es aus Irrtum oder aus mangelndem Willen zur ernsthaften Auseinandersetzung – dieser Rhetorik Glauben schenkten. In ihrer Wahrnehmung wird Russland dadurch zum „kleineren Übel“ im Kampf gegen ihren eigene Gegner.

Die Realität aber ist weit entfernt von diesem Mythos. In russischen Gefängnissen sitzen heute Dutzende Antifaschistinnen und linke Aktivistinnen – ihre Zahl nähert sich der Hundert. Gleichzeitig ehrt das Regime weiterhin Generäle und Anhänger der Weißen Armee, von denen viele im Zweiten Weltkrieg an der Seite der Wehrmacht kämpften und den Nationalsozialismus verherrlichten – darunter der Ataman Pjotr Krasnow, der Schriftsteller Iwan Schmeljow, der Philosoph Iwan Iljin und andere.

Auch die imperiale Vergangenheit, welche für Verbrechen an den indigenen Völkern Russlands und Zentralasiens steht, wird zunehmend mythologisiert und verherrlicht. Die Verantwortlichen für die soziale Katastrophe der 1990er Jahre wurden nicht nur nie zur Rechenschaft gezogen – viele von ihnen gehören heute zum Führungspersonal des Staates.

Das heutige Russland hat nicht nur nichts mit Antifaschismus zu tun – im Gegenteil: Das Putin-Regime fördert und vereint aktiv die äußerste Rechte, sowohl im eigenen Land als auch in Europa. Man denke nur an das konservative Forum in Sankt Petersburg im Jahr 2015, die wiederholten Annäherungsversuche an die rechtsextreme Partei Alternative für Deutschland (AfD) sowie die Gründung der Höheren Politischen Schule im Namen des Faschisten Iwan Iljin im Jahr 2024.

Die russische Staatsmacht unterstützt außerdem offen neonazistische paramilitärische Organisationen wie die Kampfgruppe „Rusitsch“, die Freiwilligenkorps „Espanola“, die Söldnertruppe „Redut“ und die „Imperiale Legion“. Im Hinterland fern der Front operieren vom Putin-Regime geförderte Neonazis aus Organisationen wie der „Russkaja Obschtschina“ und „Nordischer Mensch“, die staatliche Fördergelder erhalten, um Hass gegen Migrant*innen zu schüren. Antifaschismus ist zu einem rein demagogischen Deckmantel geworden – für perfide politische Ziele, die in Wirklichkeit die Faschisierung Russlands und anderer Länder vorantreibt.

Besonders wichtig ist hervorzuheben, dass auch einige Vertreter*innen der russischen liberalen Opposition zur Verfestigung und Reproduktion dieses Mythos beitragen – wenn auch von einer ganz

anderen Seite. In ihren Reihen ist die Auffassung verbreitet, Wladimir Putin setze die Politik der sowjetischen Führung fort und vertrete linke Überzeugungen. Doch diese Annahme ist grundlegend falsch.

In Wirklichkeit beruht Putins Regime auf Ideen, die den Werten der Linken diametral entgegengesetzt sind: Konservatismus, russischer Nationalismus, Großmachtdenken und Autoritarismus. Dabei wurde jede Form von mangelnder Linientreue gegenüber der Politik des Regimes systematisch aus den Reihen der Partei entfernt. Die letzte große Säuberungswelle der Partei begann mit dem Kriegsbeginn – und dauert bis heute an.

Die wahren Ideale der Linken lehnen Militarismus, Repression und Nationalismus entschieden ab. Das falsche Bild einer angeblichen „sowjetischen Kontinuität“ hingegen lenkt nur von der tatsächlichen Natur der heutigen Macht ab – einer Macht, die auf einem autoritär-nationalistischen Gedankengut aufbaut und sozialer Gerechtigkeit offen feindlich gegenübersteht.

Der Begriff „Entnazifizierung“ dient in der Propaganda des Kremls lediglich als Rechtfertigung für aggressive Außenpolitik und innenpolitische Repressionen. Diese politische Rhetorik verschleiern die wahren Ziele der Macht – in Wirklichkeit ähnelt das russische System zunehmend einer autoritär-nationalistischen Diktatur, die demokratische und soziale Prinzipien ablehnt.

Auch dieser Sammelband hat das Ziel, die Mythen über Russland als angeblich antifaschistische Macht zu entlarven und die politische Realität im Land schonungslos offenzulegen.

EIN LEBEN HINTER STACHELDRAHT

Für die meisten Menschen in den Ländern des globalen Nordens ist Gefängnishaft mit der Einhaltung grundlegender Menschenrechte verbunden: mit medizinischer Versorgung, ausreichender Ernährung, der Möglichkeit zur Anfechtung des Urteils und zur Resozialisierung. In Russland hingegen ist das Gefängnis nicht nur eine Strafmaßnahme,

sondern ein Instrument der Unterdrückung und Zerstörung der Persönlichkeit – insbesondere gegenüber politischen Gefangenen.

Obwohl das heutige Strafvollzugssystem in vielerlei Hinsicht ein Erbe der Sowjetzeit ist, haben sich viele seiner dunkelsten Ausprägungen erst in der postsowjetischen Ära verfestigt. Nach Berichten von Inhaftierten und Menschenrechtsorganisationen begannen sich ab den 2000er-Jahren die Haftbedingungen in russischen Strafkolonien drastisch zu verschärfen: Die Kontrolle durch die Lagerverwaltung nahm zu, und sogenannte „rote Zonen“ wurden zur Norm – Orte, an denen nicht mehr die Häftlingsselbstverwaltung, sondern eine besonders repressive Lageradministration das Sagen hat. Diese geht mit äußerster Härte vor und setzt dabei nicht nur Disziplinarmaßnahmen, sondern auch institutionalisierte Gewalt ein.

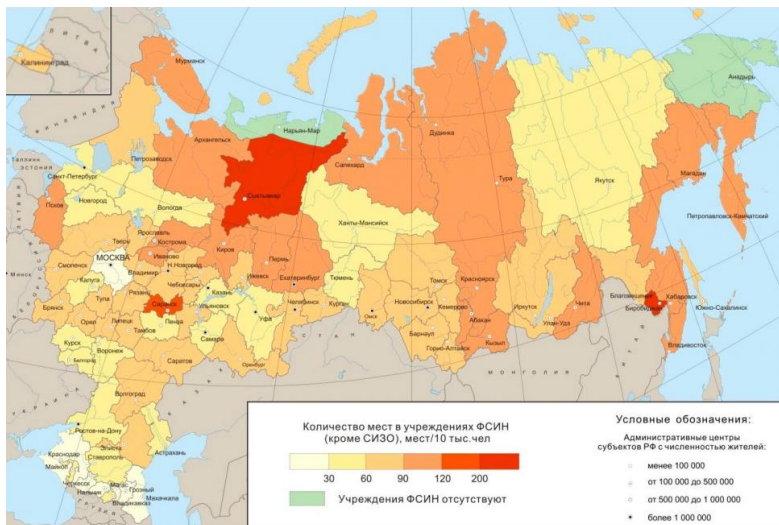
Unter solchen Bedingungen sind Tausende von Menschen Isolation, Folter, psychischem und physischem Druck, willkürlichem Verhalten des Personals und der kompletten Abwesenheit wirksamer Schutzmechanismen ausgesetzt. Die russischen Gefängnisse und Strafkolonien sind deshalb ein fester Bestandteil der rechten autoritären Diktatur in Russland.

ZUSTÄNDE IN DEN GEFÄNGNISSEN

Russische Gefängnisse befinden sich häufig in abgelegenen Gebieten mit rauem Klima, in denen die Temperaturen im Winter auf bis zu -40 Grad fallen können. Die Gefangenen leben oft in Baracken mit schlechter Heizung, unzureichender Belüftung und ständiger Feuchtigkeit. Die Matratzen sind bis auf die Füllung durchgelegen, und die dünnen Decken bieten kaum Schutz vor der Kälte.

Ein besonderes Problem stellt die Versorgung der Inhaftierten mit Lebensmitteln dar. Die Mahlzeiten – meist bestehend aus billigen Getreideprodukten und häufig verdorbenen Lebensmitteln – entsprechen häufig nicht dem minimalen Kalorienbedarf. Die bestehenden Ernährungsvorgaben sind veraltet, und ein wirksames Kontrollsystem für die Lebensmittelqualität existiert entweder nicht

oder bleibt rein formell. Für politische Gefangene, deren Angehörige aufgrund der abgelegenen Lage der Kolonien häufig keine Pakete schicken können, wird dies zu einer ernsthaften Zumutung.



Anzahl der Plätze in Einrichtungen des Föderalen Strafvollzugsdienstes (FSIN) der Russischen Föderation pro 10.000 Einwohner, Stand: 2014. Diese Daten verlieren heute zunehmend an Aktualität, jedoch veröffentlichen die regionalen FSIN-Verwaltungen nach wie vor nur selten verlässliche Informationen über die Einrichtungen.

Die medizinische Versorgung in russischen Gefängnissen ist vielfach eher Fiktion als Realität. Krankheiten wie Tuberkulose, HIV und Hepatitis breiten sich mit erschreckender Geschwindigkeit aus. Gefangene müssen oft wochenlang auf einen Arzt warten, und selbst die Ausgabe von grundlegenden Medikamenten gleicht einer bürokratischen Hölle. Politische Gefangene werden nicht selten bewusst von medizinischer Hilfe ausgeschlossen – als Mittel der Druckausübung. Es sind Fälle bekannt, in denen Aktivist*innen mit chronischen Erkrankungen keinen Zugang zu überlebenswichtigen Medikamenten erhielten.

Für politische Gefangene wird das Gefängnis zu einem Ort nicht nur physischer, sondern auch psychischer Zermürbung. Sie werden isoliert

und regelmäßigen Durchsuchungen unterzogen. Der Schriftverkehr sowie Telefonate mit Angehörigen werden oft grundlos verwehrt. Wer sich weigert zu „kooperieren“ oder auf seiner Überzeugung beharrt, muss mit verschärften Repressionen rechnen: Gefangene werden in Strafzellen (Karzer) verlegt, in denen die Temperaturen kaum über dem Gefrierpunkt liegen. Dort müssen sie auf dem nackten Boden schlafen – Matratzen werden nur nachts ausgegeben und bei kleinsten Regelverstößen sofort wieder entzogen.

Einen besonderen Platz nehmen die sogenannten „Press-Kammern“ ein – Zellen, in denen Gefangene systematisch misshandelt werden. Für politische Gefangene dienen sie häufig dem Zweck falsche Geständnisse zu erzwingen oder ihren Willen zu brechen. Hier gelten keine Regeln – nur Willkür und Angst.

Erwähnenswert ist auch das System der Zwangsarbeit. Formell gilt Arbeit in russischen Strafkolonien als Teil eines „Resozialisierungsprogramms“. In der Praxis jedoch handelt es sich um ein Ausbeutungssystem, in dem Gefangene häufig 12 bis 14 Stunden täglich für symbolische Entlohnung ackern. Die Arbeitsplätze sind oft schlecht ausgestattet, Schutzkleidung fehlt, Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften werden systematisch missachtet.

Politische Gefangene erhalten nicht selten die härtesten Arbeitsaufgaben, werden bei der Arbeitsverteilung systematisch benachteiligt und mit Sanktionen belegt – etwa bei Arbeitsverweigerung oder „unzureichender Leistung“. Arbeit wird so zu einem weiteren Druckmittel und die Weigerung, sich zu fügen, dient oft als Vorwand um politische Gefangene in den Karzer zu stecken oder ihre Haftbedingungen gezielt zu verschlechtern.

WARUM DARF DIE INTERNATIONALE LINKE DAZU NICHT SCHWEIGEN?

Die Situation in russischen Gefängnissen ist nicht einfach eine innere Angelegenheit des Landes. Sie spiegelt einen globalen Trend wider: den Abbau von Menschenrechten und die Verschärfung politischer Kontrolle. Politische Gefangene, die für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie kämpfen, leiden unter Bedingungen, die inakzeptabel sind.

Linke Aktivist*innen in verschiedenen Ländern, die ihre eigenen Rechte und Freiheiten schätzen, müssen begreifen: Gleichgültigkeit gegenüber diesem Problem bedeutet stillschweigendes Einverständnis mit Repressionen. Der Einsatz für die Rechte politischer Gefangener in Russland ist ein Einsatz für linke Werte wie Freiheit und Solidarität – Werte, die keine Staatsgrenzen kennen dürfen.

Viele russische Aktivist*innen – insbesondere aus der linken Bewegung – sehen sich selbst nach ihrer Freilassung mit zusätzlicher Ungerechtigkeit konfrontiert. Trotz erlebter Repressionen werden ihre kommunistischen oder anarchistischen Überzeugungen in Europa und anderen Teilen der Welt oft zum Hindernis bei der Beantragung von politischem Asyl. Die europäische Bürokratie begegnet ihnen häufig mit Vorurteilen, sieht in ihnen eher eine ideologische Bedrohung als Kämpfer*innen für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte – und verweigert ihnen die notwendige Unterstützung.

In der Folge geraten jene, die sich der rechten kapitalistischen Diktatur entgegengestellt haben, in eine verzweifelte Lage. Viele von ihnen sind gezwungen, in Russland zu bleiben – unter ständiger Überwachung und strengem Zugriff der Sicherheitsdienste, stets mit dem Risiko, erneut hinter Gitter zu landen.

Das bedeutet nicht nur, ihr Leiden zu ignorieren – es ist ein stillschweigendes Einverständnis mit der Repression, die sie durchlebt haben. Ihre Freiheit wird so zur Illusion, und ihr Kampf für Gerechtigkeit setzt sich fort – außerhalb der Gefängnismauern, jedoch unter ständigem Druck und permanenter Gefahr.

STIMMEN HINTER GITTERN

Linke politische Gefangene vereint das Streben nach einer Welt, in der Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Korruption keinen Platz mehr haben. Doch für diese Träume zahlt man im heutigen Russland einen viel zu hohen Preis. Der Repressionsapparat macht aus Überzeugung und Aktivismus ein Verbrechen. Diese Menschen sind zu Opfern von Schauprozessen, konstruierten Anklagen und unmenschlicher Behandlung geworden.

Jede Biografie in diesem Kapitel ist ein Porträt. Sie erzählt von Menschen, die ihr Leben und ihren Kampf dem Einsatz für das Gemeinwohl gewidmet haben. Die einen organisierten Streiks in Fabriken, um die Rechte der Arbeiter*innen zu verteidigen. Andere gründeten unabhängige Medien, um Korruption und staatliche Willkür aufzudecken. Wieder andere widmeten sich der Bildungsarbeit und inspirierten ihr Umfeld zu Solidarität und Widerstand gegen Ungerechtigkeit.

Ihre Wege waren unterschiedlich – doch ihr Schicksal ist das gleiche: ein hartes Urteil – in einem System, das keine wirkliche Verteidigung zulässt.

DER FALL TJUMEN

Eine strafrechtliche Verfolgung von sechs Anarchistinnen und Antifaschistinnen aus Tjumen, Surgut und Jekaterinburg, die im August 2022 begann, hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und von Menschenrechtsorganisationen auf sich gezogen. Ihnen wird vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben (Artikel 205.4 des russischen Strafgesetzbuches) und Terroranschläge vorbereitet zu haben (Artikel 30, Absatz 1; Artikel 205, Absatz 2 StGB der Russischen Föderation).

Nach Angaben der Ermittlungsbehörden sollen die Beschuldigten Anschläge auf Militärkommissariate, Polizeidienststellen sowie

Sabotageakte an Eisenbahnstrecken geplant haben, über die russische Militärtechnik in Richtung Ukraine transportiert wurde. Diese Vorwürfe bildeten die Grundlage für die Einleitung des Strafverfahrens, in dessen Verlauf die Betroffenen Folter ausgesetzt waren – was sowohl innerhalb Russlands als auch international auf breite Verurteilung stieß.

DIE ANGEKLAGTEN IM VERFAHREN

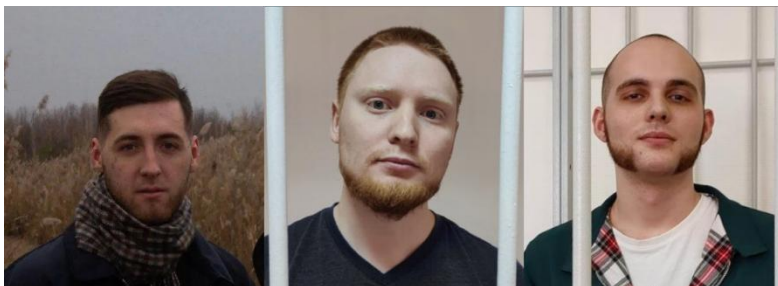
Nikita Olejnik zeigte schon in seiner Kindheit großes Interesse am Sport – insbesondere am Boxen, das einen wichtigen Platz in seinem Leben einnahm. Neben dem Sport widmete er sich der Medizin und begann ein Studium der Chirurgie. Er arbeitete in verschiedenen Berufen – unter anderem als Schichtarbeiter, Krankenpfleger, Taxifahrer und Kurier. Bereits mit 16 Jahren begann er, sich für Anarchismus zu interessieren. Seine Ideale: individuelle Freiheit und Widerstand gegen soziale und politische Unterdrückung. Im März 2021 gründete Nikita gemeinsam mit Roman Paklin in Surgut die libertäre öffentliche Bibliothek „Burewestnik“. Sie wurde zu einem wichtigen kulturellen und bildungspolitischen Projekt zur Verbreitung anarchistischer Ideen.

Roman Paklin, geboren und aufgewachsen in Surgut, diente bei den Eisenbahntrouppen und arbeitete nach seiner Demobilisierung als Techniker-Mechaniker beim großen Ölkonzern Surgutneftegas. Schon in jungen Jahren interessierte sich Roman für linke Ideen und Punk-Kultur – ein Interesse, das sein Weltbild maßgeblich prägte. Die Punk-Bewegung war für ihn nicht nur Musik, sondern eine Philosophie des Widerstands gegen soziale Ungerechtigkeit. Seine Überzeugungen waren stark anarchistisch geprägt, und er engagierte sich aktiv in Protesten gegen Ungerechtigkeit und Korruption. Gemeinsam mit Nikita Olejnik gehörte Roman zu den Mitbegründern der libertären öffentlichen Bibliothek „Burewestnik“, die zu einem wichtigen Ort für den Austausch von Ideen und die Vorbereitung neuer Aktivist*innen in Surgut wurde.

Denis Aydyn absolvierte eine Ausbildung zum Lokomotivführer. Außerdem begeisterte er sich für Musik. Denis war Mitglied der Hardcore-Band Siberian Brigade. Es war nicht nur ein musikalisches

Projekt, sondern auch eine Plattform zur Verbreitung antifaschistischer Positionen.

Mit Gelegenheitsarbeiten hielt er sich über Wasser – etwa als Helfer bei Hochzeiten oder in anderen kleinen Jobs – und konnte sich so eine gewisse Unabhängigkeit bewahren. Er setzte sich gegen soziale Ungleichheit und für die Rechte benachteiligter Gruppen ein. In seiner musikalischen Karriere verfolgte er das Ziel, Kunst als Mittel des Widerstands und als Werkzeug für gesellschaftlichen Wandel zu nutzen.



Angeklagte im Tjumener Fall.

Von links nach rechts: Nikita Olejnik, Roman Paklin, Deniz Aydin.

Kirill Brik arbeitete als Karosseriebauer in einer Werkstatt gemeinsam mit seinem Vater. Außerdem war er Teil einer Musikgruppe, in der er zusammen mit Denis Aydyn spielte, und brachte seine antifaschistische Haltung aktiv durch sein künstlerisches Schaffen zum Ausdruck.

Juri Nesnamow lebte in Jekaterinburg und arbeitete freiberuflich im Bereich 3D-Modellierung an verschiedenen Projekten in Design und Technologie. Juri war Anhänger eines gesunden Lebensstils, begeisterte sich für Thaiboxen und legte großen Wert auf körperliche Fitness sowie geistige Disziplin. Seine Interessen und seine berufliche Tätigkeit ermöglichten ihm einen fortschritts- und innovationsorientierten Blick auf die Welt – eine Perspektive, die sich auch in seinem politischen Engagement widerspiegelte. Juri war ein überzeugter Anarchist und setzte sich für eine Gesellschaft ein, die frei von Ausbeutung und Ungleichheit ist.

Danil Tschertykow arbeitete als Tierarzt, seine beruflichen Fähigkeiten standen im Zusammenhang mit der Pflege von Tieren und ihrer Gesundheit. Darüber hinaus engagierte sich Danil aktiv für soziale Gerechtigkeit und war ein überzeugter Anarchist. Wie die anderen Mitglieder der Gruppe, war er Gegner einer Staatsmacht, die nur die Interessen der Elite und der Unternehmensstrukturen unterstützt und die Bedürfnisse der Mehrheit ignoriert.



Die Angeklagten im Fall Tjumen. Von links nach rechts: Kirill Brik, Juri Nesnamow, Danil Tschertykow. Die Aufschrift auf Tschertykows Kleidung lautet (Wortspiel auf Russisch): „Du lebst in einer Supermacht? Dann halte super-mächtig durch!“

Trotz der Folter und Drohungen, die diese Menschen nach ihrer Festnahme durchlitten haben, bleiben sie ihren Idealen treu, und führen ihren Kampf selbst unter brutaler Verfolgung fort.

VORGESCHICHTE

Am Abend des 30. August 2022 wurden Denis Aydyn und Kirill Brik von Polizeibeamten in einem Wald am Stadtrand von Tjumen festgenommen. Nach Angaben der Polizei hätten die beiden Tjumerer geplant, an einem abgelegenen Ort eine selbst hergestellte Sprengstoffmischung zu testen. Nach der Festnahme wurden Aydyn und Brik in das Gebäude des Innenministeriums (MWD) gebracht, wo beide gefoltert wurden, um Geständnisse zu erzwingen. Laut Behauptung der Anklage, hätten sie geplant, Gebäude des FSB sowie Eisenbahnstrecken in die Luft zu sprengen.

Am nächsten Tag, dem Abend des 31. August, wurden in Jekaterinburg Danil Tschertykow und Juri Nesnamow festgenommen, in Surgut –

Nikita Olejnik. Am 1. September wurde in Surgut Roman Paklin an seinem Arbeitsplatz festgenommen. Nach den Durchsuchungen wurden sie alle nach Tjumen transportiert. Anfang September wurden alle Beschuldigten in Untersuchungshaft im „SIZO-1“ von Tjumen genommen.

Kirill Brik und Denis Aydyn wurden nach dem Artikel „Herstellung und Aufbewahrung von selbstgefertigtem Sprengstoff“ (Teil 2 des Artikels 223.1 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation) angeklagt. Gegen Nikita Olejnik, Danil Tschertykow, Juri Nesnamow und Roman Paklin wurde gemäß dem Artikel „Organisation einer terroristischen Gruppe und Teilnahme daran“ (Artikel 205.4 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation) Anklage erhoben. Im Juli 2023 wurden Brik und Aydyn zusätzlich ebenfalls nach Artikel 205.4 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation angeklagt.

AUSSAGEN ÜBER FOLTER

Nach der Verhaftung sagten alle Angeklagten aus, dass sie während der Festnahme und des Verhörs gefoltert worden seien. Ihre Anwälte reichten Anzeigen beim Ermittlungskomitee der Russischen Föderation betreffs der Anwendung von Gewalt ein, doch die Behörde lehnte die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die an den Folterungen beteiligten Strafverfolgungsbeamten ab.

Nach der Folter verschlechterte sich Roman Paklins Gesundheitszustand – ein Arm wurde gelähmt, er hatte Schmerzen im Herzen und hohen Blutdruck. Medizinische Hilfe erhielt er jedoch erst verspätet – erst Ende Dezember 2022. Zuvor ignorierten die medizinischen Mitarbeiter der Untersuchungsanstalt SIZO-1 in Tjumen und der Untersuchungsanstalt SIZO-2 in Sawodoukowsk, in denen Paklin sich zeitweise befand, seine Beschwerden über den sich verschlechternden Gesundheitszustand.

Am 5. April 2023 wurde Paklin zur Durchführung einer psychiatrischen Begutachtung in das Untersuchungsgefängnis SIZO-1 in Jekaterinburg überstellt und anschließend in die regionale psychiatrische Klinik von Jekaterinburg verlegt.

Am 1. August, nach seiner Rückkehr in das Untersuchungsgefängnis SIZO-1 in Tjumen, wurde Roman Paklin eine psychiatrische Behandlung verordnet. Derzeit wird er in der Regionalen Lebedyowskaja Psychiatrischen Klinik im Dorf Lebedyowka in der Oblast Tjumen behandelt.

Alle sechs Angeklagten befinden sich in Haft. Im September 2023 schloss Kirill Brik eine Vorverfahrensvereinbarung ab und sagte gegen Nikita Olejnik aus, was nach Ansicht vieler unter Druck geschah. Im Mai 2024 wurde Brik zu acht Jahren Straflager mit strengem Regime verurteilt. Es ist hervorzuheben, dass Kirill Brik sich trotz des Bewusstseins aller möglichen Risiken aus persönlichen Motiven und dem Wunsch nach Erleichterung der eigenen Situation dazu entschloss, auszusagen. Gerade aufgrund seiner Aussagen wurde der Fall als terroristisch eingestuft, was zu einer Ausweitung der Anklagepunkte und zu weiteren Verfolgungen anderer Aktivisten führte, die zu Opfern politisch motivierter Anschuldigungen wurden.

DER FALL „NETZ“

Die tragische Geschichte einer Gruppe junger Menschen, die beschuldigt wurden, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Dies führte zu Verhaftungen, Folter und langen Haftstrafen.

DIE ANGEKLAGTEN IM VERFAHREN

Dmitri Ptschelintsew. Er wurde in Pensa in einer Familie einer Ärztin und eines Bauingenieurs geboren. Die Familie zog häufig um, was ihm schon früh ermöglichte, verschiedene Seiten des Lebens und der Gesellschaft kennenzulernen. Die Schule schloss Dmitri in Ischewsk ab, danach lebte er einige Zeit mit seinen Eltern in Moskau. Später kehrte er nach Pensa zurück und nahm ein Studium an der Fakultät für Computertechnik der Staatlichen Universität Pensa auf.

Seine Mutter, Swetlana Ptschelintsewa, Kardiologin in einem Moskauer Krankenhaus, erinnert sich mit Wärme und trauriger Ironie an ihren Sohn:

„Als ‚Terrorist‘ hätte er niemals an der Timiryasew-Akademie studieren können, wo es Abbildungen zerstückelter Tiere gab“, sagt sie. „Er ist doch Veganer. Schon damals sagte er, dass ein Leben nicht auf Kosten der Tötung eines anderen existieren dürfe.“

Dmitri hatte von klein auf strenge moralische Grundsätze, die sich in seiner Fürsorge für die Natur, Tiere und die Menschen zeigten. Seine Überzeugungen beruhten auf Ideen der Gewaltlosigkeit und des Respekts gegenüber allen Lebensformen.

Diese Charaktereigenschaften Dmitris – seine Prinzipienfestigkeit und sein Streben nach Gerechtigkeit – machen sein Schicksal im Rahmen des Falls „Netz“ besonders bitter. Anstatt seine moralische Standhaftigkeit und sein intellektuelles Potenzial anzuerkennen, ließ der Staat den Repressionsapparat auf ihn los und beschuldigte ihn dessen, was er aufgrund seiner Überzeugungen niemals hätte tun können.

Ilja Schakurski – wurde in der Arbeitersiedlung Mokschan geboren und wuchs dort auf. Diese kleine Ortschaft mit etwa 10.000 Einwohnern liegt etwa 30 Kilometer von Pensa entfernt an der nach Moskau führenden Fernstraße M-5 „Ural“. Das Leben in Mokschan dreht sich um einige lokale Betriebe – ein Asphaltwerk, einen Gewächshauskomplex, eine Bäckerei, einen Molkereibetrieb und zwei Süßwarenfabriken. Trotz der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten sind die Löhne für die Bewohner jedoch oft niedrig.

„Der Durchschnittslohn bei uns liegt zwischen 8.000 und 12.000 Rubel [etwa 80 bis 120 Euro – Anmerkung der Redaktion]“, erzählt Jelena Bogatowa, Iljas Mutter. „Aber Iljuscha träumte davon, nach dem Studium an der Hochschule in seinen Heimatort zurückzukehren und an seiner Schule als Lehrer zu arbeiten. Wir hatten keine Gelegenheit mehr, zu besprechen, wie er hier leben würde.“

Ilja war bekannt für seine aktive gesellschaftliche Haltung; er beteiligte sich an der Organisation lokaler Proteste und Aktionen, die auf den Schutz der Rechte der Arbeiter und den Widerstand gegen den Faschismus zielten.

Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung studierte Ilja im dritten Jahr an der Fakultät für Physik und Mathematik der Staatlichen Universität Pensa. Er plante, in seinen Heimatort Mokschan zurückzukehren und anschließend ein Masterstudium aufzunehmen, um seine Ausbildung fortzusetzen. Er träumte davon, an der Schule seines Heimatortes zu unterrichten.

Seine Verhaftung und die anschließende Anklage im Rahmen des „Falls Netz“ zerstörten diese Pläne.

Andrej Tschernow – wurde in einer kinderreichen Familie in der Stadt Kamenka geboren, die nur 70 Kilometer von Pensa entfernt liegt. Kamenka ist eine kleine Stadt mit etwa 35 000 Einwohnern, aus der die jungen Menschen jedes Jahr in der Hoffnung auf bessere Möglichkeiten nach Pensa oder in größere Städte wegziehen. In der Stadt blieb nur ein einziger großer Arbeitgeber – das Zuckerwerk Sucden, das einem französischen Unternehmen gehört. Die übrigen Betriebe, wie das einst berühmte Werk „Belinskselmash“, stehen seit langem kurz vor der Schließung, und die örtliche Bäckerei, das Fleischkombinat und das Werk „Strojdetal“ sind schon lange bankrott.

Andrejs Mutter, Tatjana Tschernowa, arbeitete viele Jahre als Erzieherin in einem Kindergarten, wurde jedoch 1996 entlassen und begann – wie viele andere auch – auf dem Markt zu handeln.

„Ich war in jenen Jahren ebenfalls auf dem Markt – zusammen mit Tatjana“, erinnert sich die Freundin der Familie Tschernow, Natalja Skworzowa. „Das Leben hat uns dazu gezwungen: Manche kamen damit zurecht, andere nicht. Aber die Tschernows waren unglaublich fleißige Menschen, die niemals aufgaben. Ganz gleich, welches Wetter herrschte – Frost oder Schneesturm – sie standen um vier Uhr morgens auf und fuhren zum Markt.“

Die Familie Tschernow hat immer von ihrer Arbeit gelebt und ihren Lebensunterhalt ehrlich verdient. Andrej wuchs unter diesen Bedingungen auf, schätzte die Arbeit und zollte dem Fleiß seiner Eltern Anerkennung, die trotz aller Schwierigkeiten weiter für eine bessere Zukunft ihrer Kinder kämpften.

Wassili Kuksow – wurde in der kleinen Stadt Serdobsk geboren und wuchs dort auf. Diese liegt etwa 100 Kilometer von Pensa entfernt. Die Stadt mit rund 30 000 Einwohnern war einst ein Industriezentrum, das für seine Fabriken bekannt war, doch heute lässt ihre wirtschaftliche Lage zu wünschen übrig. Ein Großteil der Unternehmen wurde geschlossen, und nur die Lebensmittelkombinate und die Möbelproduktion setzen ihren Betrieb fort.

„Die Betriebe sterben. Von den früheren Fabriken hält sich nur noch der Maschinenbaubetrieb. Die Uhrenfabrik ist geschlossen, ebenso die Lampenfabrik. Sogar die Bäckerei haben sie zugemacht. Nur Geschäfte und Apotheken sind geblieben. Nicht einmal den Markt gibt es noch“, beklagen die Nachbarinnen der Familie Kuksow, Marija Timofejewa und Nina Petrova.

Serdobsk ist, wie viele ähnliche Städte, zu einem Ort geworden, aus dem die Jugend in der Hoffnung auf ein besseres Leben wegzuziehen versucht. Wassili jedoch träumte nicht vom Leben in einer Großstadt. Er führte ein einfaches Leben in seiner Heimatstadt.

Michail Kulkow – wurde in eine Familie hineingeboren, in der Reisen und das Entdecken des Neuen hochgeschätzt wurden. Er war der ältere von zwei Brüdern. Schon im frühesten Kindesalter begann Michail, die Welt zu erkunden: Seine ersten Schritte machte er am Fuße des Mamajew-Hügels in Wolgograd, als er gerade ein Jahr alt war. Die Familie Kulkow reiste viel, was zu einem wichtigen Teil von Michails Erziehung wurde – sein Blick auf die Welt war breit und vielfältig.

Michails Mutter, Jelena Samonina, unterstützte ihn stets – trotz aller Schwierigkeiten. Sie verpasste keine einzige Gerichtsverhandlung im sogenannten Fall „Netz“ und kämpfte weiter für ihren Sohn. In einem Interview erzählte Jelena, wie ihr Sohn aufwuchs, wofür er sich begeisterte und wovon er träumte. Michail war ein Mensch mit vielfältigen Interessen, der – wie viele seiner Altersgenossen – suchte, zweifelte und seinen eigenen Weg zu finden versuchte. Doch sein Leben änderte sich, als er in Probleme mit Drogen geriet – ein Ereignis, das den Beginn seiner Haft im Rahmen des Falls „Netz“ bedingte.

Michail Kulkov wurde, unabhängig von seiner Verwicklung in den Drogenhandel – die wir kritisch betrachten und verurteilen – im Rahmen des Falls „Netz“ nicht deswegen festgenommen, sondern aufgrund seiner politischen Überzeugungen. Er war ein aktiver Antifaschist und Kämpfer für soziale Gerechtigkeit, was zum eigentlichen Grund für seine Verfolgung wurde. Wir betrachten ihn als politischen Gefangenen, da seine Festnahme und Verurteilung direkt mit seinen politischen Ansichten und Aktivitäten zusammenhängen und nicht mit persönlichen Straftaten.

Es ist wichtig zu verstehen, dass seine Festnahme und der Prozess Teil einer breiteren Kampagne der Verfolgung von Menschen sind, die mit der aktuellen Regierung nicht einverstanden sind. Wir sind überzeugt, dass Michail Opfer eines politischen Falls geworden ist.

Maxim Ivankin – wurde im Dorf Bessonowka unweit von Pensa als Sohn von Tatjana und Sergej Ivankin geboren. Die Familie lebte in einem Privathaus, und schon von Kindheit an zeigte Maxim Respekt gegenüber Älteren und vermied Konflikte mit den Nachbarn. Wie



Die Angeklagten im Fall „Netz“.

Von links nach rechts: Arman Sagynbajew, Wassili Kuksow, Michail Kulkov, Andrei Tschernow, Dmitri Ptschelintsew, Ilja Schakurski, Maxim Ivankin. Die Aufschrift auf Ivankins Kleidung lautet: „Euer Elektroschock wird unsere Ideen nicht töten.“

Michail Kulkov schloss er das Pensaer Handels- und Wirtschafts-College ab und erwarb den Beruf des Koch-Technologen.

Maxim war ein Mensch mit vielseitigen Interessen, und seine Freunde beschrieben ihn stets als jemanden, der von Ideen und Tatendrang erfüllt war. Er liebte Literatur, war am College als Aktivist tätig, begeisterte sich für Musik und nahm oft an KWN-Wettbewerben (Comedy-Programm, Anm. des Übersetzers) teil. Seine Leidenschaft für Reisen und Abenteuer zeigte sich darin, dass er – wie auch Michail – häufig per Anhalter unterwegs war und verlassene Wälder und Felder bevorzugte. Doch sein Leben beschränkte sich nicht nur auf Studium und Hobbys. Maxim arbeitete in verschiedenen Bereichen – vom Koch in einem Restaurant bis zum Gelegenheitsarbeiter; außerdem war er Betreuer in einem Ferienlager für Kinder und gestaltete Feste, indem er T-Shirts auf Bestellung bemalte.

Arman Sagynbajew – wurde in Nowosibirsk geboren und zeigte schon von Kindheit an Neugier und kreatives Potenzial. Seine Mutter, Jelena Strigina, erinnert sich, dass der Vater den Namen für den Sohn auswählte. „Arman“ bedeutet auf Kasachisch „Traum“.

Arman wuchs als freundliches und offenes Kind auf; zu seiner Mutter hatte er ein warmes, beinahe freundschaftliches Verhältnis. Schon früh begeisterte er sich für kreative Tätigkeiten: Er spielte Akkordeon und Klavier und bastelte verschiedene Dinge mit eigenen Händen.

Als in der Familie ein Computer angeschafft wurde, zeigte der fünfjährige Arman sofort großes Interesse an der neuen Technik. Bereits mit zehn Jahren programmierte er sein erstes Computerspiel – einen Ball, der von Wänden abprallte. Außerdem hatte er auf dem Balkon ein kleines Gewächshaus, in dem er Kräuter, Salate, Gurken und sogar Zitronen anbaute.

Es ist wichtig anzumerken, dass weder wir noch irgendwelche Menschenrechtsorganisationen Arman Sagynbajew derzeit in Bezug auf bestimmte Tatsachen unterstützen, darunter Fälle sexualisierter Gewalt und der bewussten Infizierung mit HIV. Jedoch erkennen wir ihn gemäß international anerkannten Menschenrechtskonventionen und allgemeingültigen Kriterien als politischen Gefangenen an. Seine Verfolgung steht im Zusammenhang mit seinen politischen

Überzeugungen, und wir betrachten seinen Fall als Teil einer umfassenden repressiven Politik gegen Andersdenkende.

Wiktor Filinkow – wurde im nordkasachstanischen Petropawlowsk geboren. Schon in jungen Jahren zeigte er eine große Leidenschaft für Technologie – von ferngesteuerten Robotern bis hin zu Computern und Programmierung. Seine Mutter, Natalja Filinkowa, erinnert sich, dass ihr Sohn ein ausgezeichneter Schüler war und immer wieder Auszeichnungen für seine schulischen Leistungen erhielt.

Nach dem Schulabschluss zog Wiktor nach Russland und nahm ein Studium an der Staatlichen Universität Omsk, an der Fakultät für Informatik und Computertechnik auf. Im dritten Studienjahr brach er das Studium ab, um als Programmierer zu arbeiten, worin er beträchtliche Erfolge erzielte. Er ist ein Befürworter von Open-Source-Software und eines freien Internets. Aktiv beteiligte er sich an der Linux-Community, trat häufig auf Konferenzen auf und hielt Vorträge über Internetsicherheit.

Nach Aussagen seines Freundes Jegor Drewljanin war Wiktors Verhaftung für alle ihm Nahestehenden ein echter Schock. In Omsk hätten sie weder über Revolutionen noch über gewaltsame Aktionen gesprochen. Stattdessen, so Jegor, strebte die anarchistische Jugend danach, horizontale Verbindungen und Gemeinschaften aufzubauen. Wiktor würde, seinen Worten nach, nicht zu illegalen Handlungen neigen und sei in keinerlei extremistische Aktivitäten verwickelt; zu seinen Interessen hätten weder Alkohol noch Rauchen oder Drogen gehört. Er sei tolerant und hätte Respekt für Menschen mit unterschiedlichen Abhängigkeiten, was nach Ansicht von Jegor seine Menschlichkeit unterstreiche.

Wiktors Mutter glaubte trotz des Einflusses der Medien nicht an die Anschuldigungen gegen ihren Sohn und bezeichnete sie als „Unsinn“. Die ganze Familie war schockiert, und Jegor betonte dankbar, wie wichtig der Punkt sei, bei dem Menschen sich eine eigene Meinung bilden könnten und nicht der Propaganda erliegen.

Julian Boyarshinow. Seit der Verhaftung seines Sohnes geht dessen Vater, Nikolaj Boyarshinow, jeden Freitag mit einer Ein-Mann-

Protestaktion im Zentrum von Sankt Petersburg auf die Straße, um die Angeklagten im Fall „Netz“ zu unterstützen. Sein erstes Plakat machte er am 9. Mai 2018, um am Tag des Sieges über den Faschismus zu zeigen, wie in Russland diejenigen verfolgt werden, die sich dem Faschismus widersetzen. Nikolaj betrachtet sein Handeln als Fortsetzung der Familientradition des Kampfes gegen Ungerechtigkeit, die tief in ihrer Geschichte verwurzelt ist.

Julian erhielt von seinen Eltern einen ungewöhnlichen Namen, im Bewusstsein, dass sein Leben damit nicht einfach sein würde. Schon seit seiner Kindheit war er jemand, der immer Wege fand, sich zu beschäftigen, etwas zu erschaffen und zu entwickeln. Auf der Datscha baute er Sandburgen und machte Nester in den Birken. Diese schöpferischen Impulse und sein Streben nach Unabhängigkeit waren stets ein wichtiger Teil seiner Persönlichkeit.

Doch trotz aller Schwierigkeiten, mit denen er im Leben konfrontiert war, blieb Julian seinen Idealen treu. Er war Antifaschist und setzte sich für Gerechtigkeit ein – genau das wurde zum Grund seiner Verfolgung. Julians Familie kämpft trotz des Schmerzes des Verlustes und der ungerechten Beschuldigungen weiterhin für die Wahrheit und hofft, dass sein Fall und die Fälle anderer Menschen, die wegen ihrer Überzeugungen gelitten haben, eines Tages gerecht bewertet werden.

Diese jungen Menschen waren durch ein gemeinsames Ziel verbunden – eine gerechtere und freiere Gesellschaft zu schaffen. Ihre Verhaftungen und Verurteilungen wurden zu einem Symbol der Repression gegen Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger in Russland. Trotz aller Schwierigkeiten bleiben sie ihren Idealen treu und inspirieren andere dazu, für Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen.

DER FALL VON TSCHITA

Die strafrechtliche Verfolgung der Anarchisten und Antifaschisten aus Tschita, die der Aufrufe zu extremistischer und terroristischer Tätigkeit beschuldigt werden, ist ein Beispiel für die brutale Unterdrückung politischer Aktivität, insbesondere unter Jugendlichen. Der Anlass für

die Festnahme war das Anbringen von Antikriegs-Graffiti, darunter der Schriftzug „Tod dem Regime“.

Diese Symbole des Protests gegen den Krieg und die politische Repression wurden zum Anlass für Anklagen nach mehreren Artikeln, darunter Artikel 205.2 Teil 2 des StGB der Russischen Föderation („Öffentliche Aufrufe zu terroristischer Tätigkeit“), Artikel 280 Teil 2 des StGB der Russischen Föderation („Öffentliche Aufrufe zu extremistischer Tätigkeit“) und Artikel 214 Teil 2 des StGB der Russischen Föderation („Vandalismus aus politischem Hass“).

DIE ANGEKLAGTEN IM VERFAHREN



Die Angeklagten im Fall von Tschita. Lyubow Lisunowa und Alexander Sneschkow.

Alexander Sneschkow – Antifaschist, wurde zu 6 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Lyubow Lisunowa – Anarchistin, zum Zeitpunkt der Festnahme minderjährig, zu 3,5 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Trotz ihres Alters zeigten die Behörden keine Nachsicht und erhoben schwere Anklagen wegen Extremismus und Terrorismus gegen sie – für die Verwendung von Graffiti als Form des Protests.

Wladislaw Wischnewski wurde zu 1,5 Jahren Strafarbeit verurteilt.

Die Urteile wurden am 25. April 2024 vom 1. Bezirksmilitärgericht in einer Außenstelle in Tschita verkündet. Der Staatsanwalt forderte in seinen Plädoyers für Lisunowa 5 Jahre Freiheitsstrafe. Außerdem stellte das Gericht das Strafverfahren gegen Lisunowa wegen Vandalismus, für Graffiti, ein, da die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung Minderjähriger abgelaufen war.

Dieser Straffall ist eines der auffälligsten Beispiele für die Verfolgung junger Menschen, einschließlich einer minderjährigen Aktivistin, wegen ihrer politischen Überzeugungen. Solche Fälle zeigen, wie brutal das russische System selbst auf geringste Anzeichen politischen Protests reagieren kann, insbesondere wenn er vonseiten der Jugend kommt, und wie schnell das Leben von Menschen zerstört werden kann, die es wagen, ihre Ablehnung der staatlichen Politik auszudrücken.

Die Eltern der Antifaschisten Alexander Sneschkow und Lyubow Lisunowa sind empört und schockiert über das Ergebnis der Gerichtsverhandlung vom 25. November. Den beiden drohen lange Haftstrafen – Jahre ihres Lebens in unerträglichen Bedingungen für Handlungen, die nicht als Verbrechen gelten können.

Vor Kurzem wurde gegen Alexander Sneschkow eine neue Anklage wegen „Rechtfertigung von Terrorismus“ erhoben. Der Fall entstand, nachdem ein Provokateur ihm als Mithäftling in seine Zelle versetzt wurde:

„Wie Alexander während eines Treffens mit der Anwältin Grigorjewa N. M. berichtete, wurde ihm im Januar dieses Jahres, als er sich im Untersuchungsgefängnis SIZO-1 in Tschita befand, ein Häftling in die Zelle gesetzt, der mit der Verwaltung zusammenarbeitet. Er begann den Anarchisten auszufragen, warum letzterer dort inhaftiert sei. Alexander erzählte von seinem Fall, und dieses Gespräch wurde auf einem Diktiergerät aufgezeichnet. Auf Grundlage dieser Aufnahme leitete der FSB ein neues Strafverfahren ein“, — schildert die Unterstützungsgruppe von Alexander den Kern der Ereignisse.

Am Beispiel ihrer eigenen Kinder konnten sich die Eltern überzeugen, dass der russische Staat unmenschlich bleibt und das Justizsystem als Instrument zur Unterdrückung von Andersdenkenden nutzt. Sie wurden Zeugen der Ungerechtigkeit und Repressivität des russischen Justizsystems, die sich im Schicksal ihrer Kinder deutlich gezeigt haben. Graffiti und einige Reposts in einem kleinen Telegram-Kanal sind kein Grund, menschliche Schicksale zu zerstören.

Die Unterstützungsgruppe für Sneschkow und Lisunowa hat nicht vor aufzugeben. Wir werden weiterhin für unsere Kameraden kämpfen: durch Spenden, die Arbeit von Anwälten, Briefe und öffentliche Aufmerksamkeit. Der Staat übt Rache, aber wir antworten mit Solidarität.

DER FALL DES „LINKEN WIDERSTANDS“ („LEWOJE SOPROTIWLENIJE“)

Der „Linke Widerstand“ wurde 2017 gegründet und vereinte Anhänger linker und oppositioneller Ansichten. Er organisierte öffentliche Aktionen und war in den sozialen Netzwerken sehr aktiv. Trotz seines bescheidenen Umfangs zog die Bewegung die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich, da sie die staatliche Politik offen kritisierte.

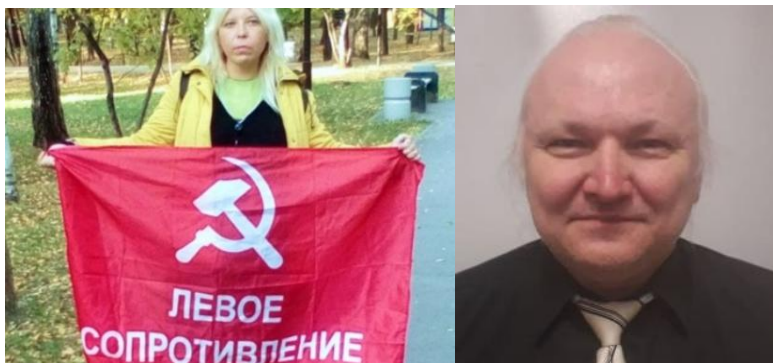
HAUPTANGEKLAGTE DES VERFAHRENS

Darija Polyudowa – Führerin der Bewegung, wurde wiederholt wegen ihrer Teilnahme an Protestaktionen festgenommen.

Im Dezember 2022 wurde Polyudowa zu neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt – mit dem Vorwurf, eine extremistische Gemeinschaft gegründet zu haben (Teil 1, Artikel 282.1 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation).

Alyona Krylowa. Aktivistin, die an der Organisation von Aktionen beteiligt war. Im Dezember 2023 verurteilte das Gericht sie zu zwei Jahren Haft in einer Kolonie.

Igor Kusnetsow – Journalist aus Tomsk, der über die Aktivitäten des „Linken Widerstands“ berichtete. Im März 2024 erhielt er eine dreijährige Bewährungsstrafe.



Darja Polyudowa und Igor Kusnetzow

Sergej Kirsanow – Mitglied der Bewegung, wurde im Oktober 2023 gemäß eines Gerichtsbeschlusses zur Zwangsbehandlung eingewiesen.

Den Mitgliedern der Bewegung wurde vorgeworfen, eine extremistische Gemeinschaft gegründet zu haben bzw. an ihr teilgenommen zu haben sowie zu extremistischer Tätigkeit aufgerufen zu haben. Als Beweise führte die Ermittlungsbehörde Materialien aus sozialen Netzwerken an, die ihrer Meinung nach „extremistische Inhalte“ enthielten. Die Anklage bezog sich außerdem auf öffentliche Aktionen und Kundgebungen, die von den Aktivisten organisiert worden waren.

Menschenrechtsorganisationen wie das Menschenrechtszentrum „Memorial“ haben Darja Polyudowa, Alyona Krylowa und Igor Kusnetsow als politische Gefangene anerkannt. Sie betonen, dass die Verfolgung der Aktivisten sehr deutlich einen politisch motivierten Charakter aufweist und darauf abzielt, ziviles Engagement zu unterdrücken und die Meinungsfreiheit einzuschränken.

DER FALL DES UFAER MARXISTISCHEN ZIRKELS

Der Fall des Ufaer marxistischen Zirkels ist ein eindrückliches Beispiel dafür, wie der Staat Macht und Zwang gegen Bürger einsetzen kann, die sich ausschließlich mit theoretischer sowie Bildungsarbeit beschäftigen. Im März 2022 geriet eine Gruppe linker Aktivisten aus Ufa ins Visier der Strafverfolgungsbehörden. Ihnen wurde vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung gegründet und eine gewaltsame politische Machtübernahme vorbereitet zu haben. Der Zirkel war 2016 vom Hals-Nasen-Ohren-Arzt Alexej Dmitrijew gegründet worden.

Die Teilnehmer trafen sich wöchentlich, um marxistische Theorie und politische Fragen zu diskutieren. Die Zusammenkünfte fanden im Stalin-Museum statt, und Aufzeichnungen der Diskussionen wurden in sozialen Netzwerken und auf YouTube veröffentlicht, was die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zog.

Die Bildungsaktivitäten, die auf das Verständnis marxistischer Ideen und deren Anwendung im modernen Kontext ausgerichtet waren, wurden als Bedrohung für die Stabilität der Macht wahrgenommen.



Auswärtiges Treffen des Ufaer marxistischen Zirkels, Jahr 2021.

DIE ANGEKLAGTEN IM VERFAHREN

Dmitrij Tschuwilin – Abgeordneter des Kurultai der Republik Baschkortostan. Er ist ein aktiver politischer Akteur, dessen Überzeugungen stets auf soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und die Rechte der Arbeiter ausgerichtet waren.



Die Angeklagten im Verfahren des Ufaer marxistischen Zirkels. Oben (von links nach rechts): Pawel Matisow, Dmitrij Tschuwilin, Rinat Burkejew.

Pawel Matisow – Teilnehmer an den Kampfhandlungen in der „Volksrepublik Lugansk“ im Jahr 2014. Seine Kampferfahrung und die Beteiligung am Konflikt im Osten der Ukraine wurden Teil der Anklage, obwohl seine Tätigkeit in Ufa ausschließlich bildungsbezogen und theoretischer Natur waren.

Rinat Burkejew – Aktivist, der stets bestrebt war, die Ideen des Marxismus zu studieren und zu verbreiten und dabei die Bedeutung sozialistischer Veränderungen hervorhob.

Jurij Jefimow – Ein Rentner, der sein ganzes Leben dem Studium der Geschichte, Politik und Sozialtheorie gewidmet hat.

Alexej Dmitrijew – Organisator des Zirkels, Hals-Nasen-Ohren-Arzt, der von marxistischen Ideen inspiriert war und einen Raum für die Diskussion aktueller sozialer und politischer Fragen geschaffen hat.

All diese Menschen, trotz ihrer unterschiedlichen Lebenswege und Berufe, kamen zusammen für ein gemeinsames Ziel – die Suche nach theoretischen Grundlagen für den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und den Kapitalismus. Ihre Tätigkeit war ausschließlich friedlich und auf Bildung ausgerichtet, wurde jedoch von den Behörden als Bedrohung wahrgenommen.

Ende März 2022 wurden sie alle festgenommen. Die gegen sie erhobenen Anschuldigungen erscheinen absurd: Laut Ermittlungen hätten die Mitglieder des Zirkels angeblich einen gewaltsamen Staatsstreich, Angriffe auf Polizeibeamte und Militäreinheiten sowie terroristische Akte geplant. Beweise für ihre Schuld wurden jedoch nicht vorgelegt und die Ermittlungen wirkten inszeniert, mit deutlichen Anzeichen politischer Repression.



Die Angeklagten im Fall des Ufimer Marxistenkreises. Von oben nach unten: Juri Efimow, Alexej Dmitrijew.

Im Februar 2024 begannen in Jekaterinburg die Gerichtsverhandlungen, bei denen die Angeklagten alle Vorwürfe zurückwiesen und erklärten, dass ihre Tätigkeit ausschließlich theoretischer und bildungsbezogener Natur gewesen sei. Der Prozess löste breite öffentliche Resonanz aus und wurde von Solidaritätsaktionen von Menschenrechtsaktivisten und Aktivisten begleitet.

Menschenrechtsorganisationen äußern ernsthafte Besorgnis über die Verfolgung dieser Personen und weisen auf mögliche Verletzungen ihrer Rechte sowie auf den politisch motivierten Charakter des Falls hin. Im Mai 2022 nahm „Rosfinmonitoring“ alle Beteiligten in die Liste

für Terroristen und Extremisten auf, was ebenfalls die Aufmerksamkeit auf die Ungerechtigkeit in Bezug auf diese Menschen lenkte.

Der „Fall des Ufaer marxistischen Zirkels“ zeigt nicht nur das Ausmaß der politischen Repressionen in Russland auf, sondern erinnert auch daran, wie leicht man in einem Land, in dem politische Opposition als Bedrohung wahrgenommen wird, zum Opfer von Verfolgung für friedliche, intellektuelle Suche und Diskussion werden kann.

DER FALL DER KANSKER SCHÜLER

Im Jahr 2020 ereignete sich in Kansk, Region Krasnojarsk, eine Episode, die zum Symbol der Verfolgung von Jugendlichen wegen ihrer Überzeugungen werden sollte. Drei anarchistische Schüler – **Nikita Uwarow**, **Denis Michajlenko** und **Bogdan Andrejew** – gerieten in den Mittelpunkt eines Strafverfahrens, das mit dem Aufkleben von Flugblättern begann und mit Terrorismusvorwürfen endete.



Denis Michajlenko

ANFANG DES FALLS

Im Juni 2020, im Alter von vierzehn Jahren, verteilten Nikita, Denis und Bogdan Flugblätter mit Kritik am Staat und Unterstützung für politische Gefangene an einem Gebäude der örtlichen FSB-Verwaltung. Diese symbolische Aktion wurde zum Anlass ihrer Festnahme.

Die Ermittlungsbehörden behaupteten, die Jugendlichen hätten geplant, das FSB-Gebäude zu sprengen, sich im Herstellen von Sprengsätzen geübt und dies in ihren Chats besprochen. Als Beweis wurden ihre Handlungen im Spiel Minecraft angeführt, wo sie angeblich ein virtuelles FSB-Gebäude gebaut und dessen Sprengung geplant hätten. Dieses Argument löste in der Gesellschaft große Resonanz aus und wurde zu einem Beispiel für die Absurdität der Anklagen.

DAS URTEIL

Im Februar 2022 verkündete das Gericht das Urteil. Nikita Uwarow, der sich weigerte, seine Schuld anzuerkennen, wurde zu fünf Jahren Haft in einer Erziehungskolonie verurteilt – wegen „Absolvierung einer Schulung zum Zweck der Durchführung terroristischer Aktivitäten“. Seine Freunde Denis und Bogdan schlossen eine Vorverfahrensvereinbarung, bekannten sich schuldig und erhielten Bewährungsstrafen.

Im Oktober 2023 wurde Nikita aus der Erziehungskolonie in eine Strafkolonie des allgemeinen Regimes für Erwachsene verlegt. Diese Entscheidung löste eine neue Welle der Empörung in der Gesellschaft aus.

NIKITA UWAROWS LETZTES WORT

Vor Gericht sprach Nikita sein letztes Wort, in dem er offen über seine Ansichten und Gefühle erzählte.

„Es tat mir weh, dass in meinem Land Menschen – zivile Aktivisten, die dem Land Gutes wünschen und sich für sein Wohl einsetzen – verfolgt werden. Davon habe ich aus inoffiziellen Medien erfahren, ich habe daran geglaubt. Jetzt jedoch habe ich leider am eigenen Leib die Despotie gewissenloser Mitarbeiter des Systems erlebt... [...]

Ich habe nie geschrieben, dass ich plane oder mich vorbereite, jemanden in die Luft zu sprengen, weil ich nichts geplant und niemanden vorbereitet habe. Und in jener Korrespondenz, die untersucht wurde, haben wir einfach darüber nachgedacht: Sind das dort schlechte Menschen oder doch gute – und kann man sie vielleicht irgendwie überzeugen, ihnen Informationen vermitteln, dass sie sich irren könnten, dass Anarchisten schlecht sind. So dachte ich, und deshalb schlug ich vor, gerade am Gebäude des FSB Flugblätter über Anarchisten zu kleben... [...]

Ich werde gelassen sein, weil ich meinen Freunden nie Schlechtes beigebracht habe, ich war nicht ihr Anführer, wir waren gleichberechtigt und einfach befreundet. Ich habe niemanden verleumdet. Ich schäme mich nicht gegenüber den Menschen, den Nahestehenden und den Fremden, die von unserer Geschichte wissen. Soll doch jemand eher den

Strafverfolgungsbehörden als mir glauben – ich habe nichts zu verbergen. Ich hatte nicht vor, irgendjemanden in die Luft zu sprengen.“



Von links nach rechts: Rechtsanwalt Wladimir Wasin, Nikita Uwarov und seine Mutter vor dem Gerichtsgebäude. 7. Februar 2022.

REAKTION DER ÖFFENTLICHKEIT

Der Fall der Schüler von Kansk wurde zu einem aufsehenerregenden Beispiel politischer Repression. Menschenrechtsverteidiger verurteilten das Vorgehen der Ermittlungsbehörden und des Gerichts und bezeichneten den Fall als konstruiert und die Anklagen als ungerecht.

Die Öffentlichkeit, darunter Menschenrechtsorganisationen, Juristen und Journalisten, verurteilte die Härte der Strafen und die Methoden der Ermittlungen. Dieser Fall warf Fragen über die Grenzen der Justiz, die Rolle des Staates in der Erziehung der Jugend und das Schicksal derjenigen auf, die den Mut haben, ihre Ansichten offen zu äußern.

DIE GESCHICHTE VON ASAT MIFTACHOW

Das Schicksal von Asat Miftachow, einem talentierten Mathematiker, Doktoranden der Mechanisch-Mathematischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität und überzeugten Anarchisten, wurde zu einem der deutlichsten Beispiele politischer Repressionen im heutigen Russland.



Asat Miftachow

Am 1. Februar 2019 wurde Azat Miftachow festgenommen. Ihm wurde zunächst vorgeworfen, Sprengstoff hergestellt zu haben. Während der Verhöre erklärte er, man habe ihn gefoltert, um ein Geständnis zu erzwingen. Kurz darauf wurden diese Vorwürfe fallengelassen, freigelassen wurde er jedoch nicht: Stattdessen erhob man Anklage wegen „Rowdytums“ im Zusammenhang mit einem Angriff auf das Büro der Partei „Einiges Russland“ in Moskau.

Die Anklage stützte sich auf wackelige Beweise und fragwürdige Aussagen. Trotzdem verurteilte das Moskauer Golowinski-Bezirksgericht Miftachow im Januar 2021 zu sechs Jahren Haft in einer Strafkolonie des allgemeinen Vollzugsregimes. Seine Anwälte legten Berufung ein, doch am Urteil änderte sich nur wenig: Im April 2022 wurde die Strafe um drei Monate verkürzt.

EINE NEUE WELLE DER REPRESSION

Am 4. September 2023 hätte Azat eigentlich entlassen werden sollen. Statt des Wiedersehens mit seinen Angehörigen wartete jedoch die nächste Festnahme. Diesmal wurde ein Verfahren wegen „Rechtfertigung von Terrorismus“ gegen ihn eröffnet. Die Ermittler behaupteten, Miftachow habe in der Strafkolonie angeblich positiv über Michail Schlobizki gesprochen, der 2018 einen Sprengsatz in einer FSB-Dienststelle in Archangelsk gezündet hatte.

Am 28. März 2024 verurteilte das Zentrale Militärbezirksgericht in Jekaterinburg Miftachow zu vier Jahren Haft, davon die ersten zweieinhalb Jahre in einem Gefängnis mit verschärftem Vollzug. Das Urteil fiel sogar strenger aus, als es die Staatsanwaltschaft gefordert hatte.

REPRESSION IM GEFÄNGNIS

Der Fall Azat Miftachow ließ weder Kolleginnen und Kollegen noch Menschenrechtsaktivisten kalt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit unterzeichneten Petitionen, die seine Freilassung forderten. Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, stuften ihn als politischen Gefangenen ein. Sie betonten, dass es im Fall Miftachow nicht nur um ein Gerichtsverfahren geht, sondern um einen Angriff auf Gedankenfreiheit und Gewissensfreiheit.

Zugleich setzte Azat sich auch unter harten Haftbedingungen immer wieder für seine Rechte ein. Er griff zu Protestformen wie Hungerstreiks, Selbstverletzung und setzte sogar seine Zelle in Brand. Diese extremen Schritte waren für ihn ein Weg, auf systematische Rechtsverletzungen und Misshandlungen aufmerksam zu machen. Jede dieser Aktionen war eine offene Herausforderung an ein System, das seinen Willen brechen wollte.

Azat Miftachow sitzt weiterhin im Gefängnis, doch sein Name reicht längst über die Gefängnismauern hinaus. Ihm sind Solidaritätsaktionen

gewidmet, Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten sprechen über seinen Fall. Seine Geschichte erinnert daran, dass selbst in den dunkelsten Bereichen eines Systems noch Raum für Licht bleibt.

DIE GESCHICHTE VON BORIS KAGARLIZKI

Boris Kagarlizki, ein bekannter Soziologe, Politologe und Publizist mit linken Positionen, wurde im heutigen Russland zu einem der markantesten Beispiele staatlicher Repression gegen Meinungsfreiheit und politische Überzeugungen. Sein Leben steht für einen langen Kampf um soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und das Recht, politische Ansichten offen zu vertreten, was ihn immer wieder in Konflikt mit dem Staat brachte.

Schon als Student interessierte sich Boris für marxistische Ideen und damals verbotene Literatur, besonders für die Werke Herbert Marcuses. Seit 1977 trat er als linker Dissident in Erscheinung und wirkte an der Veröffentlichung von Samisdat-Zeitschriften mit, darunter „Varianty“ und „Left Turn“ (später „Socialism and the Future“).

1979 wurde er Kandidat für eine Mitgliedschaft in der KPdSU. 1980, nachdem er das Staatsexamen mit Auszeichnung bestanden hatte, wurde er vom KGB verhört und aus dem GITIS sowie aus dem Kreis der Parteikandidaten wegen „antisozialer Aktivitäten“ ausgeschlossen. Danach arbeitete er zeitweise als Postbote.

Im April 1982 wurde er im sogenannten „Fall der jungen Sozialisten“ verhaftet und verbrachte etwas mehr als ein Jahr im Lefortowo-Gefängnis. Ihm wurde „antisowjetische Propaganda“ vorgeworfen. Nach über einem Jahr Haft kam er frei, verlor jedoch das Recht, sein Studium fortzusetzen.

Auch nach dem Ende der Sowjetunion blieb Kagarlizki aktiv: Er setzte sich für Menschenrechte ein und kritisierte die Regierung. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher zu Politik, Soziologie und Geschichte und schrieb unter anderem für The Moscow Times, Nowaja Gaset, Wek und weitere Medien.

Seine Werke, darunter „Marxismus: Nicht zur Lektüre empfohlen“, „Zwischen Klasse und Diskurs“, „Der lange Rückzug“ und andere, stießen in Russland wie auch international auf großes Interesse. Besonders bekannt wurde er durch das von ihm gegründete Medienprojekt „Rabkor“, in dem er gesellschaftliche und politische Entwicklungen analysierte und dabei die Behörden offen kritisierte.



Boris Kagarlitsky

DER FALL „EXPLOSIVE GLÜCKWÜNSCHE“

Im Oktober 2022 veröffentlichte Boris Kagarlizki ein Video mit dem Titel „Explosive Glückwünsche an Mostik (Brücke), die Katze“. Darin sprach er über die Ereignisse rund um die Explosion auf der Krimbrücke. Das Video geriet ins Visier der Behörden, nachdem Leonid Krasnoperow, ein Abgeordneter des Stadtrats von Uchta in der Republik Komi, eine „rechtliche Bewertung“ des Materials gefordert hatte.

Im Sommer 2023 leitete der russische Inlandsgeheimdienst FSB schließlich ein Strafverfahren gegen Kagarlizki ein, gestützt auf Teil 2 von Artikel 205.2 des russischen Strafgesetzbuches („öffentliche Rechtfertigung von Terrorismus“). Der Soziologe wurde festgenommen und nach Syktywkar gebracht, wo er bis zum Prozess in Untersuchungshaft blieb.

URTEILE UND ÖFFENTLICHE REAKTION

Im Dezember 2023 sprach der Oberste Gerichtshof der Republik Komi Boris Kagarlizki schuldig. Er erhielt eine Geldstrafe von 609.000 Rubel und durfte zwei Jahre lang keine Internetressourcen verwalten. Der Staatsanwaltschaft war das jedoch zu milde, sie legte Berufung ein.

Im Februar 2024 verschärfte das Militärberufungsgericht das Urteil deutlich: Kagarlizki wurde zu fünf Jahren Haft in einer Strafkolonie des allgemeinen Vollzugsregimes verurteilt. Er wurde noch im Gerichtssaal in Gewahrsam genommen.

Das Urteil löste in wissenschaftlichen und menschenrechtlichen Kreisen große Resonanz aus. Kolleginnen, Kollegen und öffentliche Stimmen erklärten, Kagarlizki werde allein wegen seiner politischen Ansichten und Aussagen verfolgt. Im Oktober 2023 übergab Radhika Desai, Professorin an der University of Manitoba, Wladimir Putin beim Waldai-Forum einen Appell zum Fall Kagarlizki. Der Präsident sagte, er werde das Dokument prüfen und berücksichtigen. Die Strafverschärfung im Februar 2024 zeigte allerdings eher das Gegenteil. Man könnte fast zynisch sagen: Vielleicht war die Verschärfung gerade das Resultat dieser „Prüfung“.

DER KAMPF GEHT WEITER

Der Fall Boris Kagarlizki ist nicht nur die Geschichte eines Einzelnen, der an seinen Überzeugungen festhält, sondern auch ein Beispiel dafür, wie ein Staatsapparat versucht, jede Form von Widerspruch zu ersticken. Seine Situation bleibt im Blickfeld der Öffentlichkeit, von Menschenrechtsorganisationen und internationalen Kolleginnen und Kollegen. Für viele ist Kagarlizki zu einem Symbol geworden: standhaft

unter politischem Druck, und mit einer Arbeit, die weiterhin diejenigen inspiriert, die an gesellschaftliche Veränderung glauben.

DER FALL „ANTIFA UNITED“

Der Fall „Antifa United“ gilt als ein besonders deutliches Beispiel dafür, wie Aktivistinnen und Aktivisten in Russland wegen antifaschistischer Aktivitäten verfolgt werden. Im Mittelpunkt der Ermittlungen steht **Bogdan Jakimenko**, der Gründer der Kleidungsmarke Antifa United. Er wurde am 5. Juni 2024 in Rostow am Don festgenommen. Am selben Tag wurden in Moskau sieben weitere Personen verhaftet, denen eine Nähe zu dieser Szene zugeschrieben wird. Es gibt Vorwürfe von Folter, darunter auch der Einsatz von Elektroschocks.

Nach Angaben des Ermittlungskomitees sollen Mitglieder der Gruppe spätestens ab dem 20. Juni 2020 eine „extremistische Organisation“ gegründet haben, um im Moskauer Umland extremistische Straftaten vorzubereiten und zu begehen. Zu den Vorwürfen gehören außerdem die Einbindung Minderjähriger in die Aktivitäten der Organisation sowie die Planung von Taten, die aus Hass auf Angehörige der Sicherheitsbehörden motiviert gewesen sein sollen. Menschenrechtsorganisationen verfolgen den Fall mit großer Sorge: Sie werten die Verfolgung der Antifa-United-Beschuldigten als politisch motiviert und sehen darin einen Teil eines breiteren Trends der Repression gegen Aktivismus und Jugendbewegungen in Russland.



Bogdan Jakimenko und Beispiele für die Bekleidungsmarke „Antifa United“.

DER FALL ALEXEJ ROSCHKOW

Alexej Roschkow ist 25 Jahre alt und stammt aus der Kleinstadt Berjosowski in der Oblast Swerdlowsk. Vor Beginn des Krieges gegen die Ukraine führte er ein ganz gewöhnliches Leben: Er arbeitete als Verkäufer in einem Laden und spielte in seiner Freizeit Bass.



Alexej Roschkow

Als Russland im Februar 2022 den Krieg begann, wollte Alexej nicht schweigen. Aus Protest warf er Molotowcocktails durch die Fenster des Wehrkreiskommissariats in seiner Heimatstadt und machte so seine Ablehnung von Aggression und Gewalt deutlich, die sein Land erfasst hatten. In dem Gebäude befand sich eine Wachfrau, sie blieb jedoch unverletzt.

Nach seiner Festnahme kam er in Untersuchungshaft. Zunächst lautete der Vorwurf versuchter Mord, später wurde er zu „vorsätzlicher Zerstörung fremden Eigentums“ herabgestuft, wodurch er unter Hausarrest gestellt wurde. Doch nicht nur der Druck der Strafverfolgungsbehörden, auch seine eigene Angst trieb ihn zur Flucht. Er ging nach Kirgisistan, weil er befürchtete, dass die Anklage wieder verschärft würde.

Damit war die Sache aber nicht vorbei. Im Juni 2023 wurde er dort, ohne ein offizielles Auslieferungsverfahren und ohne rechtliche Grundlage, entführt und nach Russland gebracht. Alexej berichtete anschließend von Folter durch den FSB. Und das, sagt er, sei nur ein Teil dessen, was er durchmachen musste.

Im Dezember 2023 kamen weitere Vorwürfe hinzu, ausgelöst durch ein Interview, in dem er die russische Armee und ihr Vorgehen in der Ukraine offen kritisierte. Im Mai 2024 begann der Prozess. Alexej drohen bis zu 22,5 Jahre Haft.

DER FALL RUSLAN USCHAKOW

Ruslan Uschakow ist Anarchist und tschetschenischer Herkunft. Er verurteilte nicht nur Repression und Krieg, sondern setzte sich auch für Werte wie Veganismus und Humanismus ein, die in Russland oft an den Rand gedrängt werden.



Ruslan Uschakow

Wie viele, die ihre Ansichten öffentlich äußern, geriet auch Ruslan ins Visier der Behörden. Wegen Kommentaren auf seinem Kanal wurde er beschuldigt, „Fakes“ über die russische Armee zu verbreiten, den Nationalsozialismus zu rehabilitieren, Terrorismus zu rechtfertigen und Hass zu schüren. Diese Kombination von Vorwürfen, typisch für Verfahren gegen Menschen, die staatlicher Politik widersprechen, bildete die Grundlage für seine Festnahme.

Nach seinen Angaben ging die Festnahme mit schwerer Folter einher, unter anderem durch Elektroschocks. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie brutal politische Verfolgung in dem Land abläuft. Im Juli 2023 verurteilte ihn das Zweite Westliche Militärbezirksgericht zu acht Jahren Haft in einer Strafkolonie des allgemeinen Vollzugsregimes. Das Urteil war nicht nur eine Strafe gegen eine Einzelperson, sondern ein deutliches Signal dafür, wie groß der Druck auf alle geworden ist, die es wagen, offen zu sprechen.

Ruslans Geschichte ist nicht nur eine persönliche Tragödie. Sie spiegelt ein weitreichenderes Phänomen wider, bei dem Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten und gewöhnliche Bürger, die es

wagen, ihre Stimme zu erheben, Opfer von Repressionen werden. Ruslan Usakov ist einer von vielen Menschen, deren Schicksale auf tragische Weise mit dem politischen Regime in Russland verflochten sind, und trotz Gerichtsverfahren und Gefängnisaufenthalten erklingt seine Stimme weiterhin als Symbol des Kampfes für die Freiheit.

DER FALL SAWELIJ FROLOW

Sawelij Frowlow ist Antifaschist und Anarchist und steht im Zentrum eines der umstrittensten und zugleich verstörendsten Verfahren in Russland. Gegen ihn wurde nach dem Artikel über Hochverrat ermittelt, weil er angeblich „vorbereitet“ habe, „zur Seite des Feindes überzulaufen“. Es zählt zu den ersten Fällen, in denen ein Aktivist beschuldigt wurde, angeblich zu einer bewaffneten Einheit wechseln zu wollen, die auf ukrainischer Seite kämpft. In diesem Zusammenhang erhielt er eine Strafe von neun Jahren Haft im strengen Vollzug.



Sawelij Frowlow

Im Herbst 2023 versuchte Sawelij, der gegen Russlands militärische Aggression protestierte, nach Georgien auszureisen. Er wurde jedoch festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht. Die Ermittlungsbehörden behaupteten, sein Ziel sei gewesen, die ukrainische Grenze zu erreichen und sich der sogenannten „Legion Freiheit Russlands“ anzuschließen, einer bewaffneten Gruppe, die auf ukrainischer Seite kämpft. Belege für diese Absicht wurden in dem

Verfahren jedoch nicht vorgelegt, etwa Tickets, Visa oder andere Nachweise konkreter Reisepläne.

Als „Indiz“ wurde unter anderem angeführt, Sawelij habe Tarnhosen und Schuhe gekauft, die man auch in Kampfhandlungen tragen könnte. Das belegt natürlich weder eine Verbindung zu einem bewaffneten Konflikt noch eine tatsächliche Absicht, sich einer Einheit anzuschließen. Im Oktober 2023 verurteilte ihn ein Gericht in Wladikawkas zu sechs Jahren Haft in einer Hochsicherheitskolonie sowie zu einer Geldstrafe von 100.000 Rubel.

DER FALL GAGIK GRIGORJAN

Gagik Grigorjan ist ein 18-jähriger linker Aktivist aus Kursk und gilt als eine auffällige Stimme innerhalb der Jugendbewegung für sozialistische Ideale. Er ist Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Jugendunion sowie der Organisation „Left Socialist Action“.



Gagik Grigorjan

Grigorjan vertritt sozialistische Positionen und setzt sich aktiv für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit ein. Gerade diese politische Aktivität und sein Wunsch, das bestehende System zu verändern, machten ihn zum Ziel staatlicher Repression.

Im Herbst 2023 verschwand Gagik Grigorjan nach einem Besuch der Sicherheitskräfte. Kurz darauf tauchte sein Name auf der Liste der „Terroristen und Extremisten“ auf. Im Oktober desselben Jahres wurde er Berichten zufolge nach Moskau gebracht, wo das Lefortowo-Gericht seine Haft verlängerte. Das alles geschah weitgehend im Geheimen, was zusätzliche Fragen zur Rechtmäßigkeit und Transparenz des Verfahrens aufwirft.

DER FALL WLADIMIR TIMOFEJEW

Wladimir Wladimirowitsch Timofejew ist ein kommunistischer Aktivist aus Irkutsk, Veteran der Afghanistan- und Tschetschenienkriege und Leiter der oppositionellen Organisation „Narodnaja Wolja“ (Volkswille). Er hat ein schweres Leben hinter sich, hat Krieg und Gewalt überlebt und sich danach für einen Weg entschieden, der auf Kampf für Gerechtigkeit und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger hinausläuft.



Wladimir Timofejew

Am 28. November 2022 wurde er in Irkutsk festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden Geräte beschlagnahmt und seine Bankkonten gesperrt. Zur Festnahme wurden etwa 15 Spezialkräfte eingesetzt, was mit seiner militärischen Erfahrung begründet wurde. Zunächst stand er unter Hausarrest, doch im Dezember 2022 änderte das Gericht die Maßnahme und schickte ihn in Untersuchungshaft, offiziell wegen eines Verstoßes gegen die Auflagen des Hausarrests. Am 25. April 2023 verurteilte ihn das Erste Östliche Militärbezirksgericht wegen „Rechtfertigung von Terrorismus“ (Teil 2, Artikel 205.2 StGB) und wegen der Verbreitung von „Fakes“ über die russische Armee (Teil 1, Artikel 207.3 StGB) zu drei Jahren Haft. Auffällig ist: Die Staatsanwaltschaft hatte lediglich zwei Jahre auf Bewährung

beantragt und dabei auf seine militärischen Verdienste und Auszeichnungen verwiesen, doch das Gericht entschied trotzdem auf eine reale Haftstrafe.

Timofejew vertritt seit Langem linke, sozialistische Positionen, setzt sich für soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechte ein und kritisiert die russische Regierung, besonders den Krieg gegen die Ukraine. Er hält an seiner Haltung fest und kämpft weiter gegen das, was er als Unrecht betrachtet. Seine Verfolgung ist ein deutliches Beispiel dafür, wie in Russland Menschen für ihre Meinung und für Kritik an den Behörden bestraft werden, gerade unter Kriegsbedingungen.

Wladimir Timofejew verbüßt seine Strafe weiterhin. Menschenrechtsaktivisten sehen das Verfahren als Versuch, Kriegsgegner einzuschüchtern, sowie als Verletzung von Meinungsfreiheit und dem Recht auf ein faires Verfahren. Sein Fall zeigt, wie schnell in autoritären Systemen schon Unabhängigkeit und offene Worte zur Gefahr werden können.

DER FALL FELIX ELISEJEW

Felix Wiktorowitsch Elisejew ist ein russischer Antifaschist und Betreiber der Telegram-Kanäle „Ona razvalilas“ („Sie ist auseinandergefallen“) und „Kalkhoznoje Besumije“ („Kolkhoz-Wahnsinn“). Er positionierte sich offen gegen die russische Kriegspolitik und zeigte Solidarität mit der Ukraine. Genau dafür geriet er ins Zentrum harter Repression.

Im Dezember 2022 wurde Felix festgenommen und wegen „öffentlicher Rechtfertigung von Terrorismus“ (Teil 2, Artikel 205.2 des russischen Strafgesetzbuches) in Untersuchungshaft gebracht, ausgelöst durch seine Antikriegsbeiträge. Das war erst der Anfang. Im April 2023 wurde ein zweites Verfahren nach demselben Paragraphen eröffnet, diesmal wegen einer Äußerung zur Unterstützung eines Angriffs auf ein Öldepot in Belgorod. Im September 2023 folgte der nächste Schritt: Er wurde wegen Hochverrats (Artikel 275) angeklagt. Die Ermittler

behaupteten, Elisejew habe Kryptowährung überwiesen, um die ukrainischen Streitkräfte zu unterstützen.



Felix Elisejew

Im Dezember 2023 kam dann das Urteil, das wie der geplante Schlussakt dieser Repressionslogik wirkte: Das Zweite Westliche Militärbezirksgericht in Moskau verurteilte Elisejew zu 14 Jahren Haft in einer Hochsicherheitskolonie und zu einer Geldstrafe von 100.000 Rubel. Für viele sind diese Vorwürfe vor allem ein Vorwand, um eine Stimme zum Schweigen zu bringen, die sich gegen Krieg und Gewalt gestellt hat.

Felix Elisejew stand stets für Wahrheit und Gerechtigkeit. Seine linken, antifaschistischen Positionen und seine unnachgiebige Kritik an der Aggression machten ihn zur Zielscheibe eines Systems, das Widerspruch nicht duldet.

Auch in der Haft, so wird berichtet, waren die Bedingungen entwürdigend: feuchte Zellen, Pilz und Schimmel, dazu kaum medizinische Versorgung. Seine Gesundheit hat darunter gelitten, doch die Behörden reagieren offenbar weiterhin nicht auf seine Lage.

DER FALL ANTON ORLOW

Anton Orlov hat sich dem Schutz der Rechte von Beschäftigten im Gesundheitswesen verschrieben und sich einen Namen als Kämpfer für Gerechtigkeit gemacht. Als Koordinator des baschkirischen Regionalverbands der Gewerkschaft „Deysstwiye“ („Action“) und stellvertretender Generaldirektor der Nefte-Service LLC wurde er zur Stimme jener, die lange überhört wurden. Orlov organisierte Aktionen zur Unterstützung von Ärztinnen und Ärzten, darunter auch einen sogenannten „italienischen Streik“¹ von Rettungsdienstmitarbeitern in Ischimbai, um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne durchzusetzen.

Doch sein öffentliches Engagement blieb nicht folgenlos. Zunächst wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Betrugs in besonders großem Ausmaß eröffnet. Im September 2022 verurteilte das Sowjetski-Bezirksgericht in Ufa Orlov zu sechseinhalb Jahren Haft und einer Geldstrafe von 250.000 Rubel. Im Kern ging es um den Vorwurf, bei der Lieferung von Kohlenwasserstoffen Gelder veruntreut zu haben. Zwar milderte der Oberste Gerichtshof Baschkortostans später das Urteil, reduzierte die Strafe auf sechs Jahre und drei Monate und hob die Geldstrafe auf, doch damit war die Verfolgung nicht beendet.

Diese Vorwürfe werfen viele Fragen auf. Die Beweislage gilt als äußerst fragwürdig, und viele sind überzeugt, dass es hier weniger um Wirtschaftskriminalität geht als um seine gewerkschaftliche und soziale Arbeit. Orlov wurde unbequem, weil er ein System offen herausforderte, das Arbeitnehmerrechte ignoriert.

Seine Kolleginnen und Kollegen, Freunde und Anwälte geben nicht auf. Sie sehen in dem Verfahren vor allem einen Versuch, alle

¹ Eine Form des Protests, die neben Streik und Sabotage dazu gehört, bei der die Mitarbeiter eines Unternehmens ihre dienstlichen Pflichten und Vorschriften äußerst streng erfüllen, ohne auch nur einen Schritt davon abzuweichen oder deren Grenzen zu überschreiten.

einzuschüchtern, die für Gerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen kämpfen.



Anton Orlov

DER FALL JURI MICHEJEW

Juri Michejew, ein 18-jähriger Antifaschist und Aktivist, stand Ende 2023 im Mittelpunkt eines besonders viel beachteten Verfahrens. Im November wurde er festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, eine Sabotageaktion gegen eine Militäreinrichtung im Dmitrowski-Bezirk der Oblast Moskau vorbereitet zu haben. Die Ermittler behaupten, er habe angeblich im Auftrag ukrainischer Geheimdienste gehandelt, um die Verteidigungsfähigkeit Russlands zu schwächen.

Zusammen mit Michejew wurden auch die Brüder Matwei und Timofej Melnikow verhaftet. Ihnen werden ebenfalls Sabotagevorbereitung, Hochverrat und die Beteiligung an der „terroristischen Organisation“ „Legion Freiheit Russlands“ zur Last gelegt. Laut Ermittlungen sollen sie das Gelände der Militäreinheit betreten haben, um Militärtechnik mit brennbaren Flüssigkeiten in Brand zu setzen.

Hinter den großen Vorwürfen steht jedoch ein Mangel an klaren Belegen. Michejew wird versuchte Sabotage in einer Gruppe vorgeworfen (Teil 1 Artikel 30 sowie die Buchstaben „a“ und „c“ in Teil 2 Artikel 281 des russischen Strafgesetzbuches), wofür bis zu zehn Jahre Haft drohen. Gleichzeitig bleiben die Akten, soweit bekannt, unkonkret, und Menschenrechtsaktivisten sagen, das Ganze wirke eher wie politische Repression als wie eine reale Sicherheitsgefahr.

Die Ermittlungen gingen zudem weiter: Es gab Durchsuchungen bei Bekannten Michejews und Vorladungen zu Verhören, was unter Aktivistinnen und Aktivisten Protest auslöste. Viele sind überzeugt, dass der Fall vor allem als Einschüchterungsinstrument dient, gegen diejenigen, die die Behörden kritisieren und den Krieg ablehnen.

Menschenrechtsorganisationen haben den Fall aufgegriffen und sprechen offen von einem politischen Hintergrund der Anschuldigungen. Sie verweisen auf Michejews antifaschistische Arbeit, seine Teilnahme an Protesten und seine öffentliche Kritik an den russischen Behörden als die eigentlichen Gründe für die Verfolgung.

Derzeit befindet sich Juri Michejew in Haft, das Verfahren läuft weiter.



Juri Michejew

DER FALL MAXIM SMYSCHLAJEW

Maxim Nikolajewitsch Smyschlajew ist ein russischer Aktivist und Student mit linken politischen Ansichten, dessen Leben sich an einem einzigen Tag radikal veränderte. Er wurde am 22. Dezember 1982 in Rostow am Don geboren und versuchte, Studium und Alltag irgendwie zusammenzuhalten: Er arbeitete bei McDonald's und studierte gleichzeitig im Fernstudium am Institut für Geschichte und Internationale Beziehungen der Südlichen Föderalen Universität. Doch sein politisches Engagement und sein Gerechtigkeitssinn machten ihn zur Zielscheibe eines repressiven Apparats.

Am 22. April 2016 wurde Maxim vom FSB festgenommen. Der Vorwurf: Er habe im sozialen Netzwerk VKontakte mit Artur Panov, einem ukrainischen Staatsbürger, geschrieben, den die Behörden im Verdacht hatten, Terroranschläge vorzubereiten.



Maxim Smyschlajew

Smyschlajew wurde wegen Beihilfe zum Terrorismus angeklagt (Teil 3, Artikel 205.1 des russischen Strafgesetzbuches). Die Ermittler behaupteten, er habe Panov angeblich beraten, etwa bei der Wahl von Ort und Zeitpunkt eines Anschlags sowie bei „konspirativen Maßnahmen“. Diese Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf ihre

Online-Korrespondenz, deren Echtheit, Kontext und Bedeutung jedoch viele Fragen aufwerfen.

2017 verurteilte das Nordkaukasische Militärbezirksgericht Maxim Smyschlajew zu zehn Jahren Haft in einer Hochsicherheitskolonie, Artur Panov zu neun Jahren in einer Kolonie des allgemeinen Vollzugsregimes. Trotz der Härte des Urteils löste der Fall unter Menschenrechtsaktivisten breite Aufmerksamkeit aus.

Das Menschenrechtszentrum Memorial erkannte Smyschlajew als politischen Gefangenen an und betonte den politischen Hintergrund der Verfolgung. In den Ermittlungsunterlagen wird ausdrücklich festgehalten, Maxim sei Anhänger einer „linksradikalen Ideologie“ und „aktiver Gegner der aktuellen Regierung“ – was faktisch seine Überzeugungen zum Kern des Verfahrens macht.

Maxim Smyschlajew verbüßt seine Strafe in einer Hochsicherheitskolonie in der Stadt Jurga in der Oblast Kemerowo.

DER FALL ARTJOM SAMSONOW

Artjom Anatoljewitsch Samsonow, ehemaliger Abgeordneter der Gesetzgebenden Versammlung der Region Primorje für die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, geriet in einen der umstrittensten und meistdiskutierten Strafprozesse der letzten Jahre. Die Vorwürfe gegen ihn und das spätere harte Urteil lösten viele Zweifel aus und nährten Spekulationen über einen möglichen politischen Hintergrund.

Im November 2021 wurde Samsonow festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, sexuelle Gewalthandlungen gegen eine Person unter 14 Jahren begangen zu haben (Buchstabe „b“, Teil 4, Artikel 132 des russischen Strafgesetzbuches). Ein Jahr später, am 20. September 2022, verurteilte ihn das Sowjetski-Bezirksgericht in Wladiwostok zu 13 Jahren Haft in einer Hochsicherheitskolonie.

Seine Anwälte und Unterstützer verweisen jedoch auf Auffälligkeiten und mutmaßliche Verstöße, die die Ermittlungen begleitet hätten. Grundlage der Anklage seien Ereignisse aus dem Jahr 2019, die in einem Polizeibericht beschrieben wurden. In diesem Dokument wird lediglich eine Aussage der Bürgerin Safonowa erwähnt, wonach Samsonow angeblich nackt am Strand gewesen sei. Weder der minderjährige Junge noch dessen Vater tauchen in diesem Bericht auf. In den Akten erscheinen sie erst im Herbst 2021, also zwei Jahre nach den angeblichen Ereignissen.

Diese Umstände lassen viele an der Fairness des Verfahrens zweifeln. Menschenrechts- und politische Aktivisten sind überzeugt, dass der Fall mit Samsonows politischer Tätigkeit zusammenhängt, mit seiner Bekanntheit in der Region und dem Kontext anstehender Wahlen. Als prominenter Kommunist kritisierte er die Behörden wiederholt und beteiligte sich an öffentlichkeitswirksamen Aktionen, was ihn für regionale Eliten zu einer unbequemen Figur gemacht haben könnte.



Artjom Samsonow

Das unabhängige Menschenrechtsprojekt „Unterstützung politischer Gefangener. Memorial“ stuft Artjom Samsonow als politischen Gefangenen ein. Es verweist auf zahlreiche Verfahrensmängel, fehlende belastbare Belege und eine klare Ausrichtung des Verfahrens auf die Diskreditierung des Politikers.

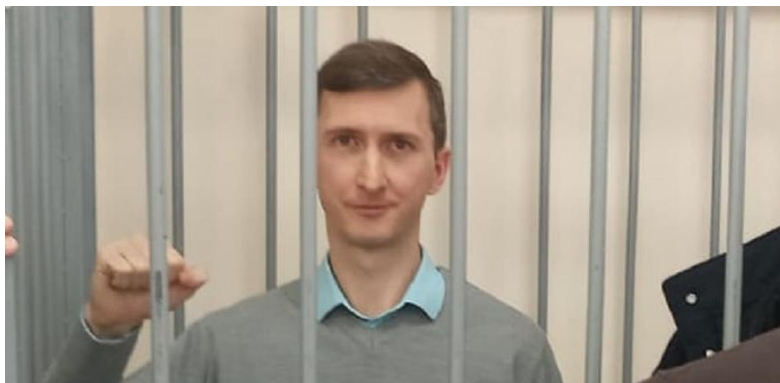
Der Fall Samsonow wirft damit nicht nur Fragen zu seinem persönlichen Schicksal auf, sondern auch zur politischen Konkurrenz in Russland insgesamt. Wenn Gerichte als Mittel eingesetzt werden, um

Gegner der Behörden auszuschalten, verlieren Recht und Gerechtigkeit ihren Kern.

DER FALL KONSTANTIN PAWLOW

Konstantin Leonidowitsch Pawlow, ein ehemaliger Abgeordneter der Regionalduma von Brjansk von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, ist ein weiteres Opfer eines repressiven Systems geworden, das politische Aktivisten verfolgt. Im April 2023 wurde er unter dem Vorwurf des Betrugs in besonders großem Ausmaß (Teil 4 von Artikel 159 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation) festgenommen.

Eineinhalb Jahre später, im Oktober 2024, verurteilte das Sowjetski-Bezirksgericht von Brjansk Pawlow zu sechs Jahren Haft in einer Strafkolonie des allgemeinen Regimes. Zusammen mit ihm wurde auch sein Bruder verurteilt, der fünf Jahre erhielt, sowie zwei mutmaßliche Komplizen, die jeweils zu vier Jahren verurteilt wurden. Das Gericht verpflichtete alle Verurteilten, den Betrag des angeblich verursachten Schadens zu ersetzen.



Konstantin Pawlow

POLITISCHE ASPEKTE

Die zentrale Frage dieses Falls liegt in Pawlows gesellschaftlicher und politischer Tätigkeit. Er unterstützte aktiv die Familien von rechtswidrig mobilisierten Personen, darunter Väter mit vielen Kindern, und beteiligte sich an Kampagnen für deren Rückkehr nach Hause. Seine Arbeit missfiel den Behörden, da sie systemische Verstöße im Mobilisierungsprozess aufdeckte und auf Ungerechtigkeiten aufmerksam machte.

Unterstützer Pawlows und Menschenrechtsaktivisten argumentieren, dass seine strafrechtliche Verfolgung eine Form der Vergeltung für seine unabhängige Position gewesen sei. Ihrer Ansicht nach wurde der Fall konstruiert, um den aktiven Politiker zu neutralisieren und seine weitere öffentliche Tätigkeit zu verhindern.

ÖFFENTLICHE REAKTION

Der Fall Pawlow löste Empörung unter Vertretern der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und Menschenrechtsaktivisten aus. Viele sehen seine Festnahme und das harte Urteil als einen weiteren Versuch der Behörden, Andersdenkende einzuschüchtern und jede oppositionelle Aktivität zu unterdrücken.

Pawlow sah sich, wie viele andere Vertreter der offiziellen Kommunistischen Partei, einem doppelten Druck ausgesetzt: staatlicher Repression und politischer Isolation. Sein Schicksal unterstreicht die Verwundbarkeit von Aktivisten, die es wagen, gewöhnliche Bürger zu verteidigen und sich dem System entgegenzustellen.

DER FALL LEONID BOGRATEON

Leonid Bograteon ist ein linksgerichteter Kommunalpolitiker aus der Region Kamtschatka, der als amtierender Leiter der Stadt Jelissowo tätig war. Gegen ihn wurden Anklagen nach zwei Artikeln erhoben:

- Artikel 160, Teil 4 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation – Veruntreuung bzw. Unterschlagung in besonders großem Ausmaß;
- Artikel 286, Teil 3 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation – Amtsmissbrauch aus eigennützigen Motiven.

Der Kern der Vorwürfe: drei Anordnungen über finanzielle Unterstützung sowie eine über eine Prämie (Anordnung Nr. 40) zugunsten des damaligen Leiters der städtischen Siedlung Jelissowo, Artem Gagloschwili, der unter Hausarrest stand. Die Ermittlungsbehörden werten diese Unterstützung und die Prämie als korrupte Veruntreuung von Geldern und als Ausdruck persönlicher Interessen.

Die Entscheidungen, für die Bograteon heute vor Gericht steht, beruhen auf einem lokalen Rechtsakt – der Regelung über Arbeit und Anreize für Personen, die kommunale Ämter in der städtischen Siedlung Jelissowo innehaben. Diese sieht ausdrücklich das Recht des Leiters vor, auf Grundlage eines Antrags und entsprechender Nachweise zusätzliche finanzielle Unterstützung in unvorhergesehenen Umständen und schwierigen Lebenssituationen zu gewähren; die endgültige Entscheidung liegt in der Zuständigkeit des Leiters.

Genau dieses Verfahren wurde eingehalten: Der Antrag wurde der Versammlung der Abgeordneten vorgelegt, die Rechtsabteilung bestätigte seine Rechtmäßigkeit, woraufhin die entsprechenden Anordnungen unterzeichnet wurden. Selbst Vertreter der Behörden räumten inoffiziell ein, dass die Prämie „für die tatsächlich geleistete Arbeit“ rechtmäßig war.

Auch der Kontext der Anklage ist wichtig. In den Jahren 2023–2024 sprach sich Leonid offen gegen die kommunale Verwaltungsreform im Bezirk Jelissowo aus, und seine Entscheidungen wurden wiederholt von Einwohnern und Arbeitskollektiven gewürdigt. In einer solchen Situation wird eine sozial orientierte Anordnung leicht zu einem „Verbrechen“ umgedeutet, und die Weigerung, „gegen die richtigen Personen auszusagen“, wird zu persönlicher Schuld gemacht. So

entsteht die bekannte Logik eines politischen Verfahrens: zuerst die Entwertung von Befugnissen und Regelungen, dann das Ignorieren von Aussagen und Schlussfolgerungen und schließlich ein Urteil, das eher wie ein Signal an alle anderen kommunalen und öffentlichen Akteure wirkt: Haltet euch zurück.

Leonid selbst äußerte sich in seinem Schlusswort äußerst direkt:

„Ich habe im Einklang mit dem Gesetz gehandelt. Ich habe nach meinem Gewissen gehandelt. Ich habe keinerlei Gelder vom ehemaligen Leiter oder von irgendjemand anderem erhalten. Urteilen Sie streng über mich – ich bin bereit, für meine Prinzipien einzustehen. Mein Gewissen ist rein.“



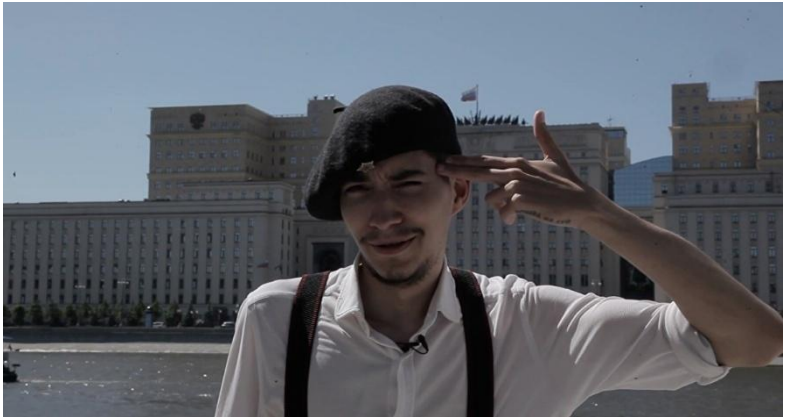
Leonid Bograteon im Gerichtssaal (rechts)

Das Urteil gegen Bograteon betrifft nicht nur einen einzelnen Menschen. Es zeigt, wie die russische Justizmaschine Versuche bestraft, im Interesse der „Basis“ zu handeln, und wie selbst die Idee kommunaler Solidarität kriminalisiert wird. Wenn lokale Regelungen für nichtig erklärt und gewissenhafte Entscheidungen als „Veruntreuung“ bezeichnet werden, hört Gerechtigkeit auf, ein

Verfahren zu sein, und wird zu einem Mittel der Einschüchterung. Deshalb erfordert der Fall Leonid Solidarität – nicht nur in seinem Interesse, sondern auch im Interesse anderer linker und sozialer Aktivisten.

DER FALL PAWEL KRISEWITICH

Pavel Olegowitsch Krisewitch ist ein markanter Künstler, dessen provokante Performances die Grundlagen der Gesellschaft und der russischen Regierung in Frage stellen. Seine Aktionen, die darauf abzielten, auf politische Repression aufmerksam zu machen, verwandelten ihn von einem Künstler in einen politischen Gefangenen.



Pavel Krisewitch

Am 11. Juni 2021 führte Krisewitch auf dem Roten Platz eine Performance durch, die das Publikum schockierte und eine harte Reaktion der Behörden auslöste. Er rief: „Schüsse werden folgen, bevor sich der Kremlovorhang schließt“, woraufhin er zweimal in die Luft schoss und einen Selbstmord vortäuschte, indem er sich mit einer ungeladenen Makarow-Pistole in den Kopf schoss. Die Aktion sollte auf das Problem politischer Gefangener aufmerksam machen und das repressive Regime verurteilen.

HARTE REAKTION UND URTEIL

Unmittelbar nach der Aktion wurde Krisevich von Beamten des Föderalen Schutzdienstes (FSO) festgenommen. Ihm wurde Rowdytum unter Verwendung einer Waffe vorgeworfen (Teil 2 von Artikel 213 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation). Im Oktober 2022 verurteilte das Twerskoi-Bezirksgericht in Moskau den Künstler zu fünf Jahren Haft in einer Strafkolonie des allgemeinen Regimes.

Doch damit war die Sache nicht abgeschlossen. Im Juni 2023 gab das Moskauer Stadtgericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf eine erneute Prüfung des Falls statt und verlangte, das „ideologische Motiv“ zu berücksichtigen. Diese Entscheidung verstärkte den politischen Charakter des Verfahrens. Im September 2023 sprach das Gericht Krisevich erneut schuldig, präzisierte die Motive seines Handelns und bestätigte das Strafmaß.

Der Fall Pavel Krisevich löste große Resonanz aus. Menschenrechtsorganisationen, Kulturschaffende und die internationale Gemeinschaft äußerten Besorgnis über die Härte des Urteils und die Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit.

Krisevichs Unterstützer betonen, dass seine Aktion eine Form künstlerischen Protests war, die nicht als Straftat gewertet werden sollte. Sie heben hervor, dass die Verwendung von Platzpatronen und das Fehlen einer realen Lebensgefahr die Aktion eindeutig symbolisch machten.

Während seiner Haft bleibt Krisevich weiterhin kreativ und hält durch Briefe Kontakt zur Außenwelt. In seinen Schreiben teilt er seine Gedanken über das Leben, die Kunst und seine Zukunftspläne. Außerdem bringt er seine Unterstützung für andere politische Gefangene zum Ausdruck und ruft zur Solidarität auf.

Darüber hinaus beteiligt sich Krisevich aktiv am Gefängnisalltag und bemüht sich, seine kreative Tätigkeit und seine moralische Stärke aufrechtzuerhalten. Trotz der schwierigen Bedingungen plant er, nach seiner Freilassung seine künstlerische Arbeit fortzusetzen.

So bleibt Pavel auch in der Haft seinen Überzeugungen treu und setzt seine kreative Tätigkeit fort, indem er die ihm zur Verfügung stehenden Mittel nutzt, um seine Gedanken auszudrücken und Gleichgesinnte zu unterstützen.



Eine von Krisevich's öffentlichen Aktionen

DIE FÄLLE VON SERGEJ UDALZOW

Sergej Udalzew ist ein bekannter linksgerichteter russischer Politiker. Er war einer der prominentesten Vertreter der Opposition und Organisator von Massenprotesten gegen die Behörden.

FESTNAHME UND ANKLAGEN

Zum ersten Mal wurde Sergej Udalzew im Jahr 2012 festgenommen, unter dem Vorwurf, Massenunruhen auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau während einer Protestaktion am 6. Mai 2012 organisiert zu haben. Diese Proteste richteten sich gegen die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die von vielen als unfair und gefälscht angesehen wurden. Sie wurden zu einem Symbol der

Unzufriedenheit mit der bestehenden Regierung und eines massenhaften Versuchs der Bürger, ihren Protest auszudrücken.

Im Rahmen des Verfahrens beschuldigte die Ermittlungsbehörde Udalzew, Unruhen und gewaltsame Handlungen organisiert zu haben. Es ist wichtig anzumerken, dass Udalzew selbst und seine Unterstützer stets betonten, dass die Proteste friedlich gewesen seien und nicht auf Gewalt oder einen Umsturz der Regierung abzielten. Dennoch nutzten die Behörden diesen Fall als Vorwand zur Unterdrückung der Oppositionsbewegung, was Teil eines allgemeinen Trends der letzten Jahre wurde: Druck auf Demonstrierende und Verfolgung politischer Aktivisten.

GERICHTSVERFAHREN

Der Prozess gegen Udalzew wurde von scharfer Kritik seitens Menschenrechtsorganisationen und der internationalen Gemeinschaft begleitet, die den Fall als politisch motiviert betrachteten. Seine Verteidiger erklärten, dass er ein Opfer von Repressionen aufgrund seiner aktiven politischen Haltung und seiner Teilnahme an Protesten sei.

Im Jahr 2014 wurde Udalzew wegen der Organisation von Massenunruhen und der Vorbereitung einer gewaltsamen Machtübernahme zu 4,5 Jahren Haft verurteilt. 2016 wurde er nach fast drei Jahren Haft vorzeitig entlassen. Dennoch blieb er auch nach seiner Freilassung weiterhin unter Druck der Behörden, was auf den politischen Charakter der Verfolgung hinweist.

NACHWIRKUNGEN DER EREIGNISSE

Nach seiner Freilassung im Jahr 2016 setzte Udalzew seine politische Tätigkeit fort, doch seine Position veränderte sich allmählich. In den letzten Jahren stand er im Zentrum widersprüchlicher politischer Positionen. Insbesondere wurde er 2023 zu einem Unterstützer eines politischen Kurses, der Elemente des Sozialchauvinismus und eine offen prorussische Haltung beinhaltete. Einerseits spiegelt dies seine

Kritik an der liberalen Opposition wider, andererseits führt es zu Kritik von radikaleren und linken Aktivisten, darunter auch unserer Organisation. Udaltsov rief dazu auf, staatliche Kräfte zur Unterdrückung der liberalen Anti-Kriegs-Opposition einzusetzen, was die Aufrichtigkeit seines politischen Kampfes in Frage stellte und auch bei seinen Unterstützern Besorgnis auslöste. Seine Frau, Anastassija Udaltzowa, ist ebenfalls Abgeordnete der Staatsduma der Russischen Föderation, stimmt für repressive Gesetze und thematisiert die Frage von Sergejs Freilassung öffentlich kaum.

Sergej Udaltsov sprach sich aktiv gegen Anti-Kriegs-Proteste aus und vertrat Positionen zum Schutz des Staates, die mit der autoritären



Sergej Udaltsov

Politik der russischen Behörden weitgehend übereinstimmen. Insbesondere betonte er wiederholt, dass in einer militärischen Situation Stabilität gewahrt werden müsse, selbst wenn dies die Unterdrückung von Protestbewegungen bedeutet. Dies stellt sein Bekenntnis zu demokratischen Werten und Menschenrechten in Frage und wirft auch Fragen zu seinen politischen Motiven auf.

Dennoch erkennen wir ihn trotz all dieser widersprüchlichen Aspekte seiner politischen Laufbahn als politischen Gefangenen an. Das Menschenrechtszentrum Memorial und andere Organisationen

vertreten, trotz Kritik an seiner Position, die Auffassung, dass das Verfahren gegen Udaltow eindeutig politisch motiviert ist und er Opfer von Repressionen gegen politische Gegner der Behörden wurde.

Der Fall Udaltow im Jahr 2023, insbesondere seine Festnahme und strafrechtliche Verfolgung, löste eine breite öffentliche und menschenrechtliche Resonanz aus. Einerseits macht seine Position, insbesondere seine Unterstützung des Krieges und staatlicher Repressionspolitik, seine Figur umstritten und führt bei einigen linken Aktivisten zu Verurteilung. Andererseits kann nicht ignoriert werden, dass die politisch motivierte Verfolgung Udaltows ein Beispiel für eine breitere Praxis des Drucks auf oppositionelle Aktivisten ist und zeigt, wie das System jede Form von Kritik am aktuellen Regime unterdrückt, selbst wenn diese Kritik von Personen kommt, die als Teil derselben linken Bewegung gelten.

So betrachten wir Sergej Udaltow trotz seiner widersprüchlichen Position als politischen Gefangenen, da seine Verfolgung ausschließlich mit seinen politischen Überzeugungen und seinen gegen die Behörden gerichteten Handlungen zusammenhängt. Zugleich sind wir überzeugt, dass solche Repressionen gegen jegliche politische Aktivisten ein gefährliches Signal darstellen, das den Willen der Behörden zeigt, abweichende Meinungen um jeden Preis zu unterdrücken – selbst unter ihren eigenen politischen Gegnern.

DIE REPRESSION GEHT WEITER

Wir müssen auch mehrere Fälle erwähnen, die bislang nicht zu strafrechtlichen Verfahren geführt haben, bei denen jedoch der systematische Druck offensichtlich ist. Diese Fälle benötigen Öffentlichkeit, da sie Teil weiterer Verfolgung werden können. Die Organisation einer wirksamen Reaktion kann dies verhindern.

DER FALL NIKITA LOPATIN

Nikita Lopatin ist ein Aktivist der Organisation der Woronescher Marxisten und Student der Geschichte. Am 17. Januar 2025, nach einer Prüfung auf dem Gelände der Fakultät für Geschichte der Staatlichen Universität Woronesch, wurden er von zwei unbekanntenen Personen angesprochen, die ihm eine Vorladung nach Artikel 20.3 des Ordnungswidrigkeitengesetzbuches der Russischen Föderation übergaben und ihn festnahmen. Zuvor war Nikita bereits Anfang Oktober 2024 festgenommen worden, weil er eine Veranstaltung zum Gedenken an die Beschießung des Obersten Sowjets der Russischen Föderation durch Präsident Jelzin organisiert hatte. Dieses Mal wurde er am Tag vor einem Treffen mit Taxifahrern in Woronesch festgenommen, bei dem ein Streikkomitee gebildet werden sollte. Dieses entstand nach spontanen Streiks von Taxifahrern am 14. Januar in vielen Regionen Russlands.

Nach der Festnahme forderte ein Polizeibeamter die Verteidiger Lopatins auf, die Wache zu verlassen, unter dem Vorwand, er werde vor Gericht gebracht – was jedoch nie geschah.

Die Polizei warf ihm vor, extremistische Symbole in einer Nachrichtenveröffentlichung gezeigt zu haben, in der über die Situation um einen Neonazi berichtet wurde, der einen jungen Mann aus Kostroma schwer verletzt hatte – wobei diese Tat ausdrücklich verurteilt wurde. Nikita wurde zur 6. Polizeistation gebracht, wo es den Anwälten gelang, sicherzustellen, dass er Nahrung und warme Kleidung erhielt.

Während der Haft verschlechterte sich sein Gesundheitszustand, weshalb er in das Krankenhaus Nr. 10 in Woronesch eingeliefert wurde, wo er in einem kritischen Vorzustand für voraussichtlich sieben Tage stationär behandelt wurde. Während des Krankenhausaufenthalts übte die Polizei jedoch Druck aus und versuchte, seine vorzeitige Entlassung zu erzwingen.

Woronescher Nachrichtenportale wie „Vesti Woronesch“, „Moi i Twoi Woronesch“ und „Bolshoi Woroneschski“ verbreiteten daraufhin falsche und ungeprüfte Informationen, wonach Nikita angeblich „nicht festgenommen“ worden sei, „kein Protokoll erstellt“ worden sei, sondern er lediglich „zu einem Gespräch eingeladen“ worden sei – obwohl ein entsprechendes Protokoll tatsächlich vorlag.



Nikita Lopatin

DIE FÄLLE VON SERGEJ KRUPENKO

Sergej Krupenko ist Aktivist, Journalist, Autor und Moderator des YouTube-Kanals „Red Turn“, sowie Mitglied der Russischen Kommunistischen Partei (Internationalisten). Er gehört zu den wenigen, die unter Bedingungen zunehmenden Terrors weiterhin offen

und legal über aktuelle Ereignisse sprechen – über deren Ursachen, Folgen und die begrifflichen Verzerrungen in der Propaganda.

Am 29. Juni 2023 fanden im Nowosibirsker Regionalgericht zwei Verhandlungen statt, in denen der Autor und Moderator des YouTube-Kanals „Red Turn“, Sergej Krupenko, wegen einer Ordnungswidrigkeit nach Teil 1 von Artikel 20.3.3 des Ordnungswidrigkeitengesetzbuches der Russischen Föderation für schuldig befunden wurde – wegen der „Diskreditierung der Handlungen der Streitkräfte der Russischen Föderation“. Als formale Grundlage dienten zwei analytische Videos:

- „Der Mythos vom ‚Völkermord‘ im Donbass vor Beginn der SVO [Krieg]. Die demografische Katastrophe geschieht jetzt!“
- „Russland ist auf den Territorien der Ukraine ‚gewachsen‘. In wessen Interesse?“

Bemerkenswert ist, dass die Richter, um zu diesem Schluss zu gelangen, eine ganze „logische Kette“ konstruieren mussten: Kritik an Entscheidungen der Regierung zur sogenannten SVO sowie die Analyse der Folgen des Krieges würden bereits als Untergrabung des Vertrauens in die Armee gewertet:

„[...] Krupenkos Handlungen zielen darauf ab, die Entscheidungen der aktuellen russischen Regierung zur Durchführung einer speziellen Militäroperation im Donbass zu verurteilen. Er beschreibt die negativen Folgen der SVO, was eine negative Einstellung gegenüber den Streitkräften der Russischen Föderation erzeugt und die Ziele und Aufgaben ihres Einsatzes im Donbass diskreditiert.“

Beide Berufungen blieben erfolglos, obwohl die Verteidigung auf Verfahrensverstöße hingewiesen hatte, darunter auch auf das Überschreiten von Verjährungsfristen.

Mehr als zwei Jahre später, am 21. Juli 2025, befand das Zentrale Bezirksgericht von Nowosibirsk Sergej Krupenko erneut einer Ordnungswidrigkeit nach Teil 1 von Artikel 20.3.3 des Ordnungswidrigkeitengesetzbuches der Russischen Föderation für schuldig – wegen „Diskreditierung“ – und verhängte eine Geldstrafe von 30.000 Rubel.

Der Fall steht im Zusammenhang mit Krupenkos Rede am 1. Mai auf einer Kundgebung in Nowosibirsk, die unter dem Slogan „Frieden den Völkern! Ja zur Brüderlichkeit der Arbeiter!“ stattfand. Bemerkenswert ist, dass es sich dabei um die größte legale Antikriegs-Kundgebung des Jahres handelte.

Das Verfahren wurde nicht vom Innenministerium eingeleitet, sondern von der regionalen Abteilung des FSB. Diese hatte bereits Ende Mai eine linguistische Begutachtung der Rede des Aktivisten bei der privaten Struktur „Zentrum für Expertise“ in Auftrag gegeben. Der sogenannte „Experte“ stellte in der Rede „negative Informationen“ über die Streitkräfte der Russischen Föderation fest – eine Formulierung, die nicht einmal dem Wortlaut von Artikel 20.3.3 entspricht, da es dort nicht um negative Informationen an sich, sondern um die Diskreditierung des Einsatzes der Armee geht.



Sergej Krupenko auf einer Kundgebung am 1. Mai 2025 in Nowosibirsk

Als Beweismittel wurde folgende Aussage angeführt:

„Im Grunde erleben wir heute genau jenen Faschismus des politischen Regimes, von dem Vertreter der Regierung so oft von den Tribünen sprechen, wobei sie gewöhnlich in eine andere Richtung zeigen – auf den Westen. Dort gebe es Faschisten, und hier in Russland hätten wir eine

bürgerliche Demokratie. Doch wir schauen uns um und sehen: Wessen Lieblingsphilosoph ist Iwan Iljin, der Ideologe des russischen Faschismus? Ist es nicht unser Präsident? Wir schauen uns um und sehen: Wer schürt mit staatlichen Geldern nationalen Hass? Ist es nicht Ridovka, das nicht nur nationalistisch, sondern bereits offen nazistisch ist? Wir schauen: Wer kämpft in den Reihen der russischen Streitkräfte? Etwa keine russischen Faschisten, darunter auch solche mit Tätowierungen in Form von Hakenkreuzen?“

Daraus zog der „Gutachter“ den Schluss, Sergej Krupenko habe „den russischen Streitkräften die Existenz von Nazis zugeschrieben“ und somit „negative Informationen verbreitet“, was nach Auffassung des Gerichts bereits für eine Verurteilung ausreiche.

Die Argumente der Verteidigung wurden ignoriert. Der Anwalt Wassili Dubkow betonte:

- Der in der Rede erwähnte Philosoph Iwan Iljin wird tatsächlich in herrschenden Kreisen verehrt;
- Die Beteiligung einzelner radikaler Personen an der sogenannten SVO ist kein Geheimnis, sondern eine durch Alexei Miltschakow selbst bestätigte Tatsache (Anführer der DSchRG „Rusitsch“), der sich in einem öffentlichen Interview als „Nazi“ bezeichnete – worauf sich Krupenko bezog;
- Zahlreiche Ungenauigkeiten sowohl im „Gutachten“ des „Spezialisten“ als auch im Verfahren selbst, die weder dem Gesetz noch den methodischen Anforderungen des russischen Justizministeriums entsprechen;
- Die „linguistische“ Untersuchung widerspricht grundlegenden methodischen Anforderungen des Justizministeriums; stattdessen hätte eine psychologisch-linguistische Begutachtung durchgeführt werden müssen.

Warum ist dieser Fall wichtig? Artikel 280.3 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren vor, wenn innerhalb eines Jahres erneut ein „Verstoß“ nach einem entsprechenden Ordnungswidrigkeitsartikel begangen wird. Da dies

nicht das erste Urteil ist, könnte Sergej Krupenko jederzeit zu einem politischen Gefangenen werden.

DER FALL ANATOLI OBUCHOW

Am 11. Juli 2025 wurde in der Region Irkutsk der Abgeordnete der regionalen Gesetzgebenden Versammlung von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Anatoli Obuchow, festgenommen. Derzeit steht er faktisch unter Hausarrest.

Der formale Grund für die Festnahme sind Vorwürfe nach Artikel 159, Teil 4 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation. Zumindest berichten dies die Medien (Obuchow selbst ist es untersagt, Informationen über den Fall offenzulegen). Laut einem weiteren regionalen Abgeordneten der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Jewgeni Sarsenbajew, geht es um Betrug im Zusammenhang mit den Repräsentationsausgaben von Abgeordneten in den Jahren 2015–2019, deren Mittel aus dem regionalen Haushalt bereitgestellt werden. Es gibt jedoch eine Reihe von Punkten, die Zweifel an der offiziellen Version der Anklage aufkommen lassen:

Erstens konnte jeder, der Anatoli persönlich kannte, sehen, dass er bescheiden lebte – er besaß beispielsweise kein eigenes Auto und änderte seinen Lebensstil während seiner Zeit als Abgeordneter kaum.

Zweitens wurde nur Obuchow festgenommen, obwohl es laut demselben Sarsenbajew mehrere Beschuldigte in dem Fall gibt. Vermutlich handelt es sich um weitere (ehemalige) Abgeordnete der Fraktion der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation in der Gesetzgebenden Versammlung der vorherigen Legislaturperiode. Besonders auffällig ist, dass Anatoli Obuchow der einzige offen und konsequent oppositionelle Abgeordnete in der Gesetzgebenden Versammlung der Region Irkutsk ist, bekannt für seine öffentliche und menschenrechtliche Tätigkeit – was unter Bedingungen, in denen unabhängige politische Aktivität nahezu unmöglich ist, von besonderer Bedeutung ist.

Anatoli sprach regelmäßig dringende Themen sowohl in den Sitzungen des Regionalparlaments als auch in seinen sozialen Netzwerken an: marode Wohnverhältnisse, kommerzielle Bebauung, Wahlen, Umwelt, Gesundheitswesen und Sozialleistungen. Er ist einer der medienaktivsten Abgeordneten der Kommunistischen Partei in Irkutsk und arbeitete besonders intensiv mit lokalen Protestbewegungen zusammen, etwa mit den Protesten der Bewohner des Akademgorodok-Bezirks gegen die Bebauung eines Hains im Juni dieses Jahres.



Anatoli Obuchow

Obuchow berichtete nicht nur scharf und kompromisslos über Probleme, sondern versuchte auch, die Meinungen der Wähler so weit wie möglich zu berücksichtigen, indem er regelmäßig Umfragen in seinen sozialen Netzwerken darüber durchführte, wie bei Gesetzesvorlagen abgestimmt werden sollte. Zudem half er als professioneller Jurist mit parlamentarischen Befugnissen häufig und aktiv Bürgern dabei, ihre Rechte zu verteidigen.

Am 12. Juli wurde gegen Obuchow eine vorbeugende Maßnahme verhängt – ein Verbot bestimmter Handlungen. Laut dem gemeinsamen Pressedienst der Gerichte der Region Irkutsk wurde ihm

nicht nur untersagt, Kommunikationsmittel zu nutzen, Post zu empfangen usw., sondern auch, die Räumlichkeiten jeglicher politischer Parteien zu betreten – was faktisch einem generellen Politikverbot gleichkommt. Vorerst gilt diese Maßnahme bis zum 9. September.

Es gibt zudem Hinweise darauf, dass innerhalb der Irkutsker Organisation der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation ein Interesse daran besteht, den Abgeordneten Obuchow auszuschalten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für den 14. September Gouverneurswahlen angesetzt sind, bei denen der ehemalige Gouverneur Sergej Lewtschenko als Kandidat der Kommunistischen Partei antritt. Anatoli Obuchow steht zudem in einem ernsthaften Konflikt mit Lewtschenko. Es ist bekannt, dass Obuchow häufig innerparteiliche Auseinandersetzungen führte und dabei konsequent seine Position vertrat. Mehrfach wurde versucht, ihn zu entfernen, und schließlich wurde er aus der Leitung einer der Bezirksorganisationen der Partei in Irkutsk abgesetzt. Nach Angaben von parteinahen Personen geschah dies rein bürokratisch und unter Missachtung der Meinung der einfachen Parteimitglieder.

Der Konflikt wurde kürzlich öffentlich: Anatoli machte auf seinem Telegram-Kanal und in VK eine Reihe scharfer Aussagen gegen Lewtschenko und bezeichnete dessen Tätigkeit im Wesentlichen als Nutzung von Parteiresourcen für persönliche Zwecke, als Arbeit im Interesse von Geschäftsstrukturen und als kaum unterscheidbar von der Amtsführung des Gouverneurs Kobzew, eines Mitglieds von „Einiges Russland“ (der Regierungspartei Putins).

Zu den weiteren Vorwürfen Anatolis gegen Lewtschenko gehört dessen angebliche Unterstützung der Behörden bei der Ausschaltung der Opposition sowie beim Machtaufstieg Kobzews:

„Schließlich ist es kein Geheimnis, dass Sergej Georgijewitsch [Lewtschenko], der nach dem Prinzip lebt ‚Entweder ich bin Kandidat oder niemand!‘, nicht beabsichtigt, die Gouverneurswahlen zu gewinnen, sondern lediglich Lärm macht, um dem Zentralkomitee der Partei zu zeigen, dass es noch zu früh ist, ihn abzuschreiben und dass er imstande ist, in der Region für Aufsehen zu sorgen. Daher sei er würdig, 2026 über

die Parteilisten der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation in die Staatsduma einzuziehen – mit allen damit verbundenen Vorteilen – nach seiner nächsten Wahl zum Staatsduma-Abgeordneten.“

Insgesamt bleibt unklar, ob die Obuchow vorgeworfenen „Machenschaften“ tatsächlich stattgefunden haben und wer von den „mehreren Beschuldigten“ sie begangen haben soll. Dennoch entsteht der deutliche Eindruck, dass der oppositionelle Abgeordnete im passenden Moment „ausgeschaltet“ wurde, damit er nicht stört und keine Absprachen im Hintergrund der herrschenden Elite gefährdet.

Nach Einschätzung unabhängiger Marxisten der Region Irkutsk ist Obuchow der ehrlichste und ideologisch konsequenteste Abgeordnete der lokalen Kommunistischen Partei, für den „linke Ideen“ keine leere Phrase sind – was in der Partei Sjuganows selten sei. Zudem unterstützte Obuchow die Entwicklung marxistischer Zirkel in Irkutsk und Angarsk, die unter anderem zu Plattformen für Kampagnen gegen die Anhebung des Rentenalters wurden.

DER FALL IWAN MEREZHNIKOW

In der ersten Hälfte Juni 2025 wurde der linke Aktivist Iwan Merezchnikow in Wotkinsk (Republik Udmurtien) festgenommen und verhaftet. Seine Aktivitäten auf lokaler Ebene störten sowohl die Behörden als auch wirtschaftliche Interessen erheblich. Dank seines Engagements wurden der Bau einer Deponie für Ölraffinerieabfälle sowie einer Müllhalde in der Nähe des Kindergartens Nr. 6 in Wotkinsk verhindert. Außerdem setzte sich Iwan gegen Beamte ein, die die Umwandlung eines Sport- und Gesundheitszentrums für Menschen mit Behinderung in ein Geschäft der Kette „Fix Price“ zuließen.

Iwan wurde am 11. Juni 2025 direkt an seinem Arbeitsplatz von Mitarbeitern des FSB festgenommen. Laut Andrei Rudoi soll Maria Alexejewna Sametajewa, die uneheliche Tochter des Leiters von Wotkinsk, Anzeige gegen ihn erstattet haben. Ihm wird vorgeworfen, im Mai 2023 in einem Telegram-Kanal ihre Daten veröffentlicht zu

haben: Nachname, Vorname und Vatersname, Geburtsdatum sowie die Fahrzeug-Identifikationsnummer (VIN) ihres Autos.

Derzeit steht Iwan unter Hausarrest und ist nach einem Artikel des Strafgesetzbuches angeklagt. Bemerkenswert ist, dass das im Verfahren erwähnte Fahrzeug bereits von der „Geschädigten“ verkauft worden war, als das entsprechende Gesetz in Kraft trat.



Iwan Merezchnikow

DER FALL „WORKERS POWER“ UND GARRY AZARYAN

Am 21. April 2025 berichtete das regierungsnahe Medium RIA Nowosti über die Aufdeckung einer angeblichen Gruppe von Studierenden mit linksradikalen Ansichten an der Staatlichen Universität Sankt Petersburg (SPbU).

Es wird berichtet, dass der Student Artjom Pronko beschuldigt wird, gegen die „Vorschriften zur Durchführung einer Versammlung“ verstoßen zu haben, nachdem am 24. März eine Installation am Denkmal des Grafen Uwarow erschienen war. Gegen ihn wurde ein Verwaltungsverfahren eingeleitet.

Staatliche Medien und die Polizei beschuldigten Pronko, Mitglied einer studentischen trotzkistischen Zelle namens „Workers’ Power“ zu sein, und erklärten, die Zugehörigkeit aller Mitglieder der Gruppe sei festgestellt worden. Auffällig ist, dass diese Gruppe beschuldigt wurde, „Teil eines internationalen Bündnisses mit einem Leitungszentrum im Vereinigten Königreich“ zu sein. Sie wurden als „pro-britische Unterstützer“ dargestellt, die angeblich im Kontext der verschlechterten Beziehungen zwischen Russland und Großbritannien agieren.

Am selben Tag berichteten unabhängige Medien, dass auch der LETI-Student Stepan Timofejew im selben Fall festgenommen wurde und ein Protokoll gegen ihn erstellt wurde.



Eine Schaufensterpuppe der Göttin der Weisheit Minerva, aufgehängt am Denkmal des zaristischen Beamten Graf Uwarow, der einst die Kontrolle über Universitäten verstärkte. Daneben befand sich ein Zettel: „Die Wissenschaft ist tot.“

Wenige Wochen später nahm der Fall eine weitere Wendung. Am 13. März verhängte das Bezirksgericht Primorskij gegen den 26-jährigen Alexei Sidorow, Musiker der Band Silver Machine, eine Geldstrafe von 20.000 Rubel nach Artikel 20.3.1 des Ordnungswidrigkeitengesetzbuches der Russischen Föderation (Anstiftung zu Hass oder Feindschaft), wobei seine angebliche Mitgliedschaft bei „Workers' Power“ als einer der Gründe für das Urteil angeführt wurde.

Am 15. Mai wurden in Sankt Petersburg Durchsuchungen in den Wohnungen von Personen durchgeführt, die angeblich mit der linksradikalen Gruppe „Workers' Power“ in Verbindung stehen: Garry Azaryan, Oleg Rubisch, Irada Ibragimowa, Denis Kowal, Sergej Kadnikow und Kirill. Anlass war ein Strafverfahren wegen „Aufrufen zum Terrorismus“, das gegen den 23-jährigen Studenten Garry Azaryan aus Kasachstan eingeleitet wurde.

Nach Angaben des Ermittlungskomitees soll Asarjan bei internen Treffen der Organisation zu „terroristischen Aktivitäten und Massenmorden“ aufgerufen haben. Als „Beweise“ werden Transkripte von Reden angeführt, die angeblich Formulierungen über „Klassenhass“ und „Revolution“ enthalten. Bei den Beteiligten wurden Flugblätter, Broschüren („Manifest der Workers' Power“) und Bücher beschlagnahmt, außerdem wurden Verhöre durchgeführt. Menschenrechtsaktivisten berichten, dass einer der Festgenommenen, namens Kirill, geschlagen wurde. Einige der Festgenommenen wurden mit dem Status von Zeugen freigelassen, der sich laut Sicherheitskräften jedoch „schnell ändern“ könne.

Am 16. Mai 2025 wurde Garry Asarjan per Beschluss des Krasnogwardeiski-Gerichts in Sankt Petersburg für zunächst zwei Monate in Untersuchungshaft (SIZO-1) genommen. Laut „Workers' Power“ selbst wurden Materialien eines Kongresses aus dem Account eines ihrer Mitglieder heruntergeladen, bevor dieser gesperrt wurde, und ein Teil der Dokumente sei verändert oder gefälscht worden.

Am 11. Juli und 13. August 2025 verlängerte das Gericht die Haft bis zum 14. Oktober. Der Anwalt beantragte, Asarjan unter Hausarrest zu

stellen, da keine Gefahr bestehe, dass er die Ermittlungen behindert. Auch Asarjan selbst unterstützte diesen Antrag und erklärte, dass er die Eigentümerin der Wohnung kenne und sie nicht enttäuschen wolle. Dennoch lehnte das Gericht den Antrag ab mit der Begründung, dass noch nicht alle Beweise gesammelt und die Gutachten – die bis zum 30. September abgeschlossen sein sollen – noch nicht fertiggestellt seien.



Garry Azaryan

Nach Angaben von „Workers’ Power“ selbst wurden Materialien eines Kongresses aus dem Account eines Mitglieds heruntergeladen, bevor dieser gesperrt wurde; einige Dokumente seien dabei verändert und verfälscht worden.

Am 22. Mai 2025 löste sich „Workers’ Power“ selbst auf und erklärte dazu:

„Die Walze der politischen Repression wurde in Gang gesetzt und rollt systematisch über Menschen hinweg, die als mit unserer Bewegung verbunden gelten. [...]

Dies macht es für uns unangebracht, unsere politische Tätigkeit als einheitliche Organisation fortzusetzen. [...] Wir erkennen die gegen die Organisation und ihre Mitglieder erhobenen Vorwürfe nicht an. [...] Gegenteilige Behauptungen sind eine bewusste Fälschung, die darauf abzielt, die kommunistische Bewegung insgesamt und insbesondere unsere Unterstützer zu diskreditieren. [...]

Wir haben stets im legalen Rahmen gearbeitet und offen marxistische Ideen vertreten. [...] Die Entscheidung zur Auflösung wurde nicht aus Angst getroffen, sondern aus Verantwortungsgefühl. Wir werden nicht zulassen, dass auch nur ein Genosse von uns unter die Schläge der Repressionsmaschine gerät, nur um zweifelhafte Imageziele zu verfolgen. [...]

Es ist unmöglich, die Idee von Freiheit, Gleichheit und Selbstverwaltung der Arbeiter zu verbieten – immer wieder wird sie vom Leben selbst eingefordert werden. Jetzt ist die wichtigste Aufgabe, dem inhaftierten Kommunisten Garry Asarjan zu helfen.“

Heute gerät studentische Selbstorganisation, sofern sie nicht in die offizielle vertikale Struktur eingebunden ist und klassenbezogene Positionen vertritt, automatisch unter Verdacht. Politische Verfolgung, der Versuch, die studentische Linke einzuschüchtern und eine junge Organisationskultur zu zerschlagen – all dies ist Teil einer allgemeinen Linie zur Unterdrückung kritischen Denkens unter Bedingungen von Militarisierung und Reaktion.

DER FALL ARTJOM BORODIN

Artjom Borodin ist ein linksgerichteter Aktivist, gebürtig aus Donezk, und Mitglied der Revolutionären Arbeiterpartei. Während seines Aufenthalts in Moskau brachte er regelmäßig humanitäre Hilfe in seine Heimatstadt. Kurz vor Beginn des großangelegten Krieges reiste Artjom gemeinsam mit seiner Frau nach Donezk, um einen Film zu digitalisieren. Als der Krieg begann, konnte er die Stadt nicht mehr verlassen. Er entschied, dass er, wenn er schon in Donezk festsaß, der linken Bewegung nützlich sein müsse, und begann, Flugblätter zu verteilen sowie die Zeitung „Arbeiterdemokratie“ („Rabotschaja demokratija“) zu verbreiten.

Im März 2022 wurde Artjom von Mitarbeitern des sogenannten „Ministeriums für Staatssicherheit der Volksrepublik Donezk“ wegen der Verbreitung von Flugblättern entführt. Dies ging einher mit Verhören und Einschüchterung seiner Frau, einer Hausdurchsuchung sowie der Beschlagnahmung von Geräten und Materialien. Ab dem 5.

März 2022 wurde Artjom für zwei Monate im sogenannten „Keller“ („podval“¹) festgehalten, danach in das Untersuchungsgefängnis von Donezk überführt, wo er bis Dezember 2022 blieb. Ihm wurde „Anstiftung zu Hass und Feindschaft“ nach Teil 1 von Artikel 328 des Strafgesetzbuches der DVR vorgeworfen.

Artjoms Mitstreiter wandten sich wiederholt an das russische Außenministerium mit der Bitte, Einfluss auf die Situation zu nehmen und die Freilassung eines russischen Staatsbürgers zu erreichen. Das Ministerium erklärte jedoch, man könne nichts tun, da es sich um „ein anderes Land“ handle. Auch nach den sogenannten „Referenden“ wurde Artjom nicht freigelassen, und es gab lange Zeit keine Informationen über sein Schicksal.

Durch die Bemühungen seines Anwalts und von Artjom selbst wurde die Haftmaßnahme schließlich in eine Verpflichtung umgewandelt, sich nachts zu Hause aufzuhalten und keine Kommunikationsmittel zu nutzen. Ende Dezember 2022 erlaubte das Gericht im Rahmen der Verlängerung dieser Maßnahme Artjom, seine Familie (Mutter und Ehefrau) in Moskau während der Neujahrsfeiertage vom 1. bis 8. Januar zu besuchen.

Er nutzte dies, um unterzutauchen. Informationen über seine Bewegungen waren selbst seinen Parteigenossen nicht bekannt, bis er sie kontaktierte und mitteilte, dass er in Sicherheit sei und politisches Asyl beantragen wolle. Danach lebte er in Kirgisistan.

Am 10. August 2025 wurde er festgenommen und brach den Kontakt ab. Zwanzig Tage später wurde bekannt, dass er sich im Untersuchungsgefängnis SIZO-1 in Bischkek befindet. Im Falle einer

¹ „Podval“ („Der Keller“) ist ein halb-legales oder illegales Foltergefängnis bewaffneter Gruppen, das seit 2014 von beiden Seiten des Krieges in der Ukraine aktiv genutzt wird.

Der Aufenthalt in einem solchen „Keller“ geht häufig nicht nur mit Folter einher, sondern auch mit finanzieller Erpressung von Angehörigen der „Inhaftierten“ (de facto Entführten).

Auslieferung nach Russland drohen ihm Folter und eine lange Haftstrafe.



Artjom Borodin

WIE KANN DAS SCHWEIGEN DURCHBROCHEN WERDEN?

In diesem Buch konnten wir Informationen über 47 Angeklagte in verschiedenen Strafverfahren darstellen, die auf die eine oder andere Weise mit der linken Bewegung verbunden sind. Leider muss jedoch anerkannt werden, dass die Zahl der linken politischen Gefangenen im heutigen Russland deutlich höher ist. Über viele von ihnen konnten wir keine Informationen sammeln, aber wir wissen, dass es bis zu hundert solcher Menschen geben könnte. Viele von ihnen teilen aus Angst vor Konsequenzen keine Informationen über ihre Fälle. Einige hatten schlicht keine Gelegenheit, auf sich aufmerksam zu machen, da sie sich in Haft befinden und von der Außenwelt abgeschnitten sind.

Die Geschichten dieser Menschen, ihr Kampf, ihre Opfer bleiben für die Gesellschaft unsichtbar. Es ist eine Dunkelheit, die zu viele Leben verschlungen hat und uns weiterhin umgibt. Während die Welt oft wegschaut, müssen wir uns daran erinnern, dass hinter jedem dieser Gefangenen ein Mensch steht – ein Schicksal, Träume und der Wunsch nach einer besseren Zukunft, die sie vielleicht nie sehen werden.

Es ist wichtig zu verstehen, dass wir trotz dieser Dunkelheit nicht machtlos sind. Wir können Einfluss nehmen. Unsere Stimmen, unsere Solidarität, unsere Entschlossenheit können andere erreichen und dazu beitragen, dass dieser Kampf gehört wird. Solange es Menschen gibt, die bereit sind, für die Wahrheit einzustehen, solange es diejenigen gibt, die keine Angst haben, sich auf die Seite der Vergessenen und Ausgeschlossenen zu stellen, kann sich etwas verändern.

Unsere Bemühungen, unsere Aufmerksamkeit und unsere Unterstützung können dazu beitragen, dass diese Menschen nicht im Schatten bleiben, sondern dieses Schweigen durchbrechen. Wir müssen weiter für ihre Freilassung kämpfen, für die Freiheit ihrer Meinungen und für die Möglichkeit, ohne Angst zu leben und ihre Überzeugungen frei zu äußern.

Politische Gefangene, die wegen ihrer Überzeugungen und Handlungen in Haft geraten sind, dürfen nicht ihrem Schicksal überlassen werden. In Russland wächst ihre Zahl unter Bedingungen politischer Repression und verschärfter Gesetze, und ihre Schicksale bleiben oft unbeachtet. Viele von ihnen sind linke Aktivisten, Kämpfer für Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, die im Gefängnis gelandet sind, weil sie sich offen gegen Autoritarismus gestellt und den Mut hatten, sich gegen Krieg, Unterdrückung und Ungerechtigkeit auszusprechen.

WIE WIR ALLE HELFEN KÖNNEN

Zunächst ist die wichtigste Form der Unterstützung die Verbreitung von Informationen. Je mehr Menschen von politischen Gefangenen und ihren Fällen erfahren, desto schwieriger wird es für die Behörden, ihre

Schicksale zu verschweigen. Wir können helfen, indem wir Informationen über Festnahmen, Gerichtsverfahren und Verletzungen der Rechte von Gefangenen über soziale Medien, Blogs und persönliche Beiträge verbreiten. Das trägt dazu bei, ihre Fälle sichtbar zu halten und Aufmerksamkeit für die Notwendigkeit fairer Verfahren zu schaffen. Das ist nicht nur in Russland selbst wichtig, sondern auch international.

SPENDEN FÜR RECHTSBEISTAND

Politische Gefangene haben oft keinen Zugang zu angemessener Verteidigung. Mitunter müssen sie ohne qualifizierte Anwälte gegen das System kämpfen. Die Organisation von Crowdfunding-Kampagnen zur Finanzierung von Anwälten, Gutachtern und anderen rechtlichen Kosten ist eine der wichtigsten Formen der Unterstützung.

BRIEFE UND PAKETE

Briefe der Unterstützung und Solidarität sind für Gefangene von großer Bedeutung, insbesondere wenn sie sich in Einzelhaft befinden oder von der Außenwelt isoliert sind. Briefe und Postkarten können nicht nur moralische Unterstützung bieten, sondern auch zeigen, dass sie nicht vergessen wurden. Ebenso wichtig ist das Versenden von Paketen mit grundlegenden Dingen wie Büchern, Kleidung und Medikamenten, um ihre Lebensbedingungen zu erleichtern.

INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

Verbindungen zu internationalen Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten helfen dabei, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Probleme politischer Gefangener in Russland zu lenken. Proteste, Stellungnahmen, Petitionen und offizielle Appelle an internationale Organisationen wie die UN oder die Europäische Union können Druck auf die russischen Behörden ausüben.

POLITISCHE ORGANISIERUNG UND SELBSTORGANISIERUNG

Am wichtigsten ist es, den Kampf für soziale Gerechtigkeit fortzusetzen und zu unterstützen. Die Opfer, die Dutzende linker politischer Gefangener in Russland gebracht haben, werden nicht umsonst sein, wenn ihre Arbeit weitergeführt wird. Nur Solidarität und kontinuierliche politische Arbeit können eine angemessene Antwort auf die Repression der Diktatur und die Unterdrückung nicht nur von Aktivisten, sondern auch gewöhnlicher Menschen sein.

WIE KANN DIE LINKE IN ANDEREN LÄNDERN HELFEN?

INTERNATIONALER DRUCK

Die internationale Linke sollte, wo möglich, durch Proteste und parlamentarische Arbeit Druck auf den Kreml ausüben. Dazu gehören Solidaritätsaktionen sowie offizielle Appelle und Resolutionen, die die Freilassung politischer Gefangener und ein Ende der Verfolgung aufgrund politischer Überzeugungen fordern. Linke Parlamentarier können Resolutionen initiieren, die die Achtung der Menschenrechte und Freiheiten in Russland verlangen.

Linke Organisationen und Bewegungen können öffentliche Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen organisieren, um auf politische Gefangene aufmerksam zu machen. Solche Aktionen können an bedeutende Daten gebunden werden, etwa an Jahrestage von Festnahmen oder den Internationalen Tag der Menschenrechte. Zudem kann die internationale Linke Petitionskampagnen organisieren, um Gerechtigkeit und die Freilassung politischer Gefangener zu fordern.

RECHTLICHE UNTERSTÜTZUNG

Europäische Menschenrechtsorganisationen und Interessenvertretungen können Unterstützung bei Gerichtsverfahren oder Berufungen

leisten, wenn Gefangene versuchen, ihre Anklagen anzufechten. Es gibt Beispiele dafür, dass internationale Interventionen in Form von Anwälten oder Sachverständigen die Situation politischer Gefangener in repressiven Systemen verbessert haben.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Linke Bewegungen und Aktivisten können finanzielle Hilfe für die Familien politischer Gefangener leisten. Das ist besonders wichtig für Familien, die ohne Einkommen zurückbleiben, wenn ihre Angehörigen inhaftiert werden. Internationale Spendenaktionen und Sammelinitiativen sind ein effektiver Weg, konkrete Unterstützung zu organisieren.

BILDUNG UND INFORMATIONSVERBREITUNG

Die Linke im Ausland, die über größere Meinungsfreiheit und besseren Zugang zu Informationen verfügt, kann aktiv über politische Repressionen gegen die Linke in Russland und deren Folgen aufklären. Vorträge, Diskussionsrunden, die Verbreitung von Literatur und Videomaterial über politische Gefangene helfen, das Bewusstsein zu schärfen und die öffentliche Meinung zu mobilisieren.

FAZIT

Die in diesem Buch gesammelten Geschichten sind nicht nur Berichte über Repression oder abstrakte Namen. Es sind Stimmen des Widerstands und reale Menschen, die für ihre Überzeugungen und Werte kämpfen. Es sind Stimmen von Menschen, die sich bewusst für den Weg des Kampfes entschieden haben – trotz Risiko, Schmerz und Isolation.

Wir müssen sie unterstützen. Gerade jetzt, da ihnen die Freiheit genommen wurde, müssen ihre Stimmen lauter denn je werden, damit die Repression des Regimes nicht wirksam bleibt. Unterstützung für politische Gefangene ist nicht nur eine moralische Pflicht, sondern auch ein Kampf für eine Zukunft, in der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit echte Werte sind.

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Geschichten unbeantwortet bleiben. Wir dürfen keine Zuschauer sein. Denn wenn wir heute schweigen, könnten morgen wir selbst oder unsere Angehörigen Teil solcher Geschichten werden. Die staatlichen Repressionsapparate funktionieren zuverlässig. Ihr Ziel ist Angst und Vereinzelung – Menschen zu trennen, zu isolieren und das Gefühl von Gemeinschaft zu zerstören.

Doch die Geschichte zeigt: Keine Diktatur hält ewig. Solidarität ist die stärkste Waffe gegen Repression. Organisation ist ein Schutz, der verteidigen und verändern kann. Jetzt ist die Zeit zu handeln – nicht später. Die Zeit, sich zu verbinden, stabile Unterstützungsnetzwerke aufzubauen, Solidaritätsinitiativen zu schaffen, gegenseitige Hilfe zu organisieren und internationale Bündnisse zu stärken. Die Zeit, laut zu sprechen, wenn andere zum Schweigen gebracht werden.

Wir rufen alle, die die Werte von Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit teilen, zum Handeln auf. Nicht nur Mitgefühl zeigen. Briefe schreiben. An Aktionen teilnehmen. Anwälte unterstützen. Familien helfen. Die Wahrheit verbreiten. Sich organisieren – in Städten, in Ländern, weltweit. Nur kollektives Handeln kann

Repression entgegenwirken, Gerechtigkeit wiederherstellen und den zum Schweigen Gebrachten ihre Stimme zurückgeben.

Dieses Buch handelt nicht nur von denen hinter Gittern. Es handelt von uns. Von unserer Entscheidung – hinzusehen oder gleichgültig zu bleiben.

Wir alle können ihre Stimme sein. Auch die europäische Linke kann ihre Plattform und ihren Einfluss nutzen, um den internationalen Druck auf das russische Regime zu verstärken. Gemeinsam können wir zeigen, dass Repression nicht unbeantwortet bleibt.

DER WIDERSTAND GEHT WEITER

Trotz der Walze der Repression, trotz Isolation und scheinbarer Ausweglosigkeit geht der Widerstand weiter. Dort, wo der Staat Stimmen zum Schweigen bringen will, verstärken wir sie. Wo das Regime Mauern errichtet, bauen wir Brücken. Während unsere Genossen hinter Gittern ihren Kampf fortsetzen, sind wir, die noch in Freiheit sind, verpflichtet, ihre Stimme, ihre Fortsetzung und ihre Hoffnung zu sein.

Wir sind die Post-Sowjetische Linke (PSL) – eine junge, aber bereits gefestigte Kraft, die heute die Einheit der internationalistischen Linken aufbaut und sich in einem gemeinsamen Kampf zusammenschließt.

Zur Unterstützung unserer Genossen in den postsowjetischen Ländern sind wir seit 2024 in verschiedenen Städten Europas auf die Straße gegangen. Zunächst traten russischsprachige Linke am 1. Mai in Köln auf, im Laufe des Jahres hat sich unsere geografische Reichweite gemeinsam mit unseren Verbündeten auf Köln, Berlin, Paris, Amsterdam, Warschau, Buenos Aires und weitere Städte ausgeweitet. Während wir an lokalen Protesten gegen die extreme Rechte und Militarisierung teilnahmen, organisierten wir auch eigene Antikriegsaktionen in Städten in Frankreich und Deutschland, die nicht in die gängige Medienagenda passten. Dabei unterstützten wir das Recht sowohl russischer als auch ukrainischer Menschen, bewusst die

Teilnahme an militärischen Handlungen zu verweigern, sowie ihre zivilen und politischen Rechte. All diese Aktionen wurden zu Schritten beim Aufbau einer echten linken Antikriegsagenda, die Menschen nicht nach Pässen in Freund und Feind einteilt, sondern das Recht aller auf Frieden und Widerstand gegen Gewalt anerkennt.

Der Kampf beschränkt sich nicht auf die Straße. Wir haben das Projekt „Migrant Collective“ gegründet, um die Arbeits- und Sozialrechte unserer Landsleute in Europa zu schützen. Gemeinsam mit ukrainischen und russischen Kolleginnen und Kollegen beteiligten wir uns an einem Streik in Frankreich und planen, eine Arbeiterbewegung von Migranten aus postsowjetischen Ländern weiterzuentwickeln.

Wir sprechen weiterhin über politische Gefangene. Ihre Namen sind nicht nur eine Liste, sondern Beweise für die Verbrechen des Regimes und für die Unbeugsamkeit derjenigen hinter Gittern. Neben diesem Buch haben wir bereits drei Ausgaben einer Broschüre über linke politische Gefangene in Russland in vier Sprachen veröffentlicht. Wir bemühen uns auch, den Kontakt zu den Gefangenen selbst aufrechtzuerhalten – und wenn sie uns schreiben, dass unsere Worte sie erreicht und unterstützt haben, zeigt das, dass unsere Arbeit nicht vergeblich ist.

Wir sprechen auch über diejenigen, deren Existenz kaum bekannt ist – über linke politische Gefangene in Kasachstan, Belarus, der Ukraine, über das Recht auf Protest und Selbstorganisation im gesamten postsowjetischen Raum. Am 20. Juni 2025 standen wir selbst kurz davor, eine Organisation mit einem politischen Gefangenen zu werden: Ein Genosse wurde vor dem Amtsgericht Berlin wegen aktiver Teilnahme und Solidarität mit der Bevölkerung des Gazastreifens angeklagt. Bemerkenswert ist, dass sein Freispruch ein Präzedenzfall wurde – nicht nur für Migranten, sondern für die gesamte deutsche Öffentlichkeit, da es sich um das erste bedeutende Urteil zu diesen Protesten handelte.

Uns trennen Grenzen, doch uns verbindet ein gemeinsames Ziel: den Krieg und die Diktatur zu beenden und eine andere Welt aufzubauen –

eine Welt der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Solange unsere Stimme gehört wird, geht der Widerstand weiter.

Wir stehen für kollektives Handeln, für die Solidarität der Arbeiter unabhängig von Nationalität und Herkunft. Unsere Stärke liegt in dieser Solidarität und darin, dass wir gemeinsam mit unseren Verbündeten vor Ort in den postsowjetischen Ländern versuchen, den Widerstand fortzusetzen – egal unter welchen Bedingungen.

DIE WAHL LIEGT BEI UNS! DIE ZEIT ZU HANDELN IST JETZT!



SCHLIESSE DICH DEM LINKEN
EMIGRANTISCHEN WIDERSTAND AN:

POSTSOVIETLEFT.ORG

[T.ME/POSTSOVIETLEFT_ENG](https://t.me/POSTSOVIETLEFT_ENG)

**DIESES PROJEKT IST DIE STIMME DERJENIGEN, DIE
NICHT GEHÖRT WERDEN.**

**ES IST DIE STIMME RUSSISCHER LINKER
AKTIVISTINNEN UND AKTIVISTEN, DEREN NAMEN
NUR SELTEN IN DEN NACHRICHTEN STAATLICHER
UND „UNABHÄNGIGER“ MEDIEN AUFTAUCHEN.
DESHALB BLEIBT IHR KAMPF OFT UNSICHTBAR —
SOWOHL IN RUSSLAND ALS AUCH DARÜBER HINAUS.**

**IN DIESEM PROJEKT BERICHTEN WIR ÜBER DIE
REPRESSIONEN GEGEN LINKE IN RUSSLAND, ÜBER
IHR AUSMAß UND DARÜBER, WIE MAN IHNEN
ENTGEGENTRETEN KANN.**